

3/12

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 6/8, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, von Ende 20 W. Durch die Post bezogen 2.50, frei und Post 2.92, wo keine Post oder 2.12 3/4.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgeschäft: Die einjährige Abbestellung über deren Stamm 80 W. Abbestellung unter 40 W. Abbestellung unter 20 W. Abbestellung für Arbeitsmarkt 15 W. Abbestellung 25 W. Abbestellung u. Verjammlungsgeschäft 15 W. Abbestellung. Abbestellung für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 282.

Breslau, Dienstag, den 2. Dezember 1913.

24. Jahrgang.

Die Preußen in Zabern.

Der schneidige Kriegsminister v. Falkenhayn hatte im Reichstag kaum seine Verteidigung der Zaberner Offiziere beendet, da trugen sich in dem „reichstreuesten“ Elsaß-sächsischen Dinge zu, die nicht nur die Erklärungen des Kriegsministers in das rechte Licht setzen, sondern der gutgemeinten Bevölkerung der Stadt die „Reichstreue“ ordentlich ausgetrieben haben, wenn nicht den preussischen Militaristen daselbst eine ganz exemplarische Vergeltung für ihr Treiben zuteil wird. In einer letzten Depesche, die uns am Sonnabend fern vor Herausgabe unseres Blattes zuziela, sind die einen um stimmten Einzelheiten über die Vorgänge vom Freitagabend zusammenggetragen, spätere Nachrichten bestätigten die Vorkommnisse in drastischer Weise. Demnach spielten sich die Vorgänge in folgender Weise ab:

Wie die Offiziere herrschten!

Den ganzen Tag hatten sich die Offiziere in den Straßen gezeigt. Leutnant v. Forstner ließ sich nur unter Bedeckung von vier Mann mit aufgepflanztem Seitengewehr sehen. Gegen 7 Uhr kamen die jüngeren Offiziere vom Fest- und Turnunterricht und begegneten einigen Schülern der Fortbildungsschule, die den Leutnant v. Forstner erkannten und ihm einen Ausdruck nachriefen, der auf eine Mandberggeschichte des Leutnants Bezug hat. Dieser Ruf hatte zur Folge, daß Leutnant Schadt zur Kaserne eilte. Vier Mann erschienen im Helm und Vinde und verhafteten den nächstbesten Zivilisten. Darauf ertönte ein kurzer Trommelwirbel. Sofort strömten etwa 60 Soldaten aus der Kaserne und stellten sich auf dem Schloßplatz in zwei Linien auf. Auf dem Schloßplatz befanden sich 20 bis 30 Personen. Oberst v. Reutter plazierte sich hinter die Soldaten und befahl, Marsch zu laßen. Darauf ertönte das Kommando: „Gegen sämtliche Personen, die nicht sofort von der Straße weggehen, wird von der Waffe Gebrauch gemacht.“ Nach einem erneuten Trommelwirbel rückte das Militär gegen die Bürger vor. Was sich nicht in die Häuser oder in die Geschäfte retten konnte, wurde verhaftet, um Teil unter Anwendung von roher Gewalt. Im zweiten Stock eines Hauses saß der Arbeiter Lehy beim Abendessen. Lehy ist Mitglied der städtischen Feuerwehr. Auf den Trommelwirbel eilte er auf die Straße im Glauben, es brenne. Als er sah, um was es sich handelte, kehrte er zurück. Ein Leutnant und verschiedene Soldaten folgten ihm aber und verhafteten ihn in seiner Wohnung. Das Lollie geschah, als die Sitzung des Landgerichts zu Ende ging. Die Richter und Staatsanwälte kamen die Straße herunter, ein Staatsanwalt trat auf einen Offizier zu und sagte zu ihm: „Das ist ungeschickt, was Sie tun!“ Sofort ertönte das Kommando: Verhaften Sie diesen Mann.“ In demselben Augenblick ist auch ein Landgerichtsrat abgeführt worden. Zwei andere Landgerichtsräte gingen freiwillig mit.

Dazu bemerkt selbst die „Frankfurter Zeitung“: Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß das Militär sich der unerhörtesten Uebergriffe schuldig gemacht und den öffentlichen Frieden in einer Weise gefährdet habe, die die strengste Abmahnung erfordert. Das Militär ist auch in Zabern nicht besetzt, die Polizeigewalt an sich zu reißen. Es darf dies nur dann, wenn es angegriffen wird. Nun liegt ein Angriff auf das Militär zweifellos nicht vor. Im schlimmsten Falle ist Leutnant v. Forstner von einigen Fortbildungsschülern „beleidigt“ worden, und der gegebene Weg wäre gewesen, die Protokollierung der Schüler zu veranlassen und die weitere Aufrechterhaltung der Ordnung der Disziplin zu überlassen. Statt dessen machte sich Oberst v. Reutter mit seinen Soldaten diese Rechte an. Er wird die volle Verantwortung dafür zu tragen haben.

Bei diesem Sachverhalt darf es als selbstverständlich angesehen werden, daß die Elsaß-lothringische Regierung allen Instanzen gegenüber die Rechte für sich beansprucht, die ihr zustehen, und eine strenge Bestrafung derjenigen verlangt, die unter Verletzung der öffentlichen Sicherheit in ihre Machtphäre eingegriffen haben. Das muß, wie gesagt, sowohl dem General v. Deimling als auch den höchsten Kommandostellen gegenüber in unzweideutiger Weise geschehen. So selbstverständlich dies ist, so selbstverständlich dürfte auch sein, daß die gesamte Regierung die Konsequenzen ziehen wird, wenn der Kaiser sich in diesem Falle nicht ihrer Ansicht anschließen sollte.

Darauf läßt allerdings die amtliche Darstellung des Zwischenfalles nicht schließen:

Die amtliche Darstellung.

Dem Wollfischen Telegraphenbureau werden von zuständiger Seite die Dinge wie folgt dargestellt: „Als gestern nach Beendigung der Turnstunde, die in der städtischen Turnhalle stattfand, sich die Offiziere nach Hause begeben wollten, wurde von Zivilisten hinter ihnen hergeschrien. Die Offiziere ließen die Leute durch Patrouillen festnehmen. Bei dieser Festnahme sammelte sich eine große Menne an, die den Offizieren folgte. Da keine Sicherheitsbeamten anwesend waren, trat die Wache ins Gewehr und rückte auf den Schloßplatz vor die Kaserne. Mit Trommelwirbel wurde bekannt gegeben,

daß die Straßen sofort zu räumen seien, andernfalls würde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Die Menne lief auseinander, nur vier bis fünf Schreier blieben an einem Laden stehen und wurden festgenommen. Da sich inzwischen wieder weitere Leute zu versammeln versuchten, wurde die Hauptstraße vor dem Schloßplatz durch die Wache vollständig vom Volk geräumt. Mehrere Leute weigerten sich dabei, weiterzugehen und wurden festgenommen. Nachdem die Hauptstraße und der Schloßplatz geräumt waren, rückte die Wache wieder ein. Es wurden noch mehrfach Patrouillen ausgesandt, um die Hauptstraße freizuhalten und den Offizieren, die nach Hause gehen wollten, die Möglichkeit zu bieten, Leute, die etwa wieder hinter ihnen herschreien sollten, festzunehmen. Im ganzen wurden 26 Leute festgenommen. Gegen 9 Uhr abends trat Ruhe ein. Unter den festgenommenen soll sich ein Staatsanwalt befinden, der sich geweigert hat, weiterzugehen. Ob er inzwischen freigelassen worden ist, ist unbekannt. Von der Verhaftung an einer Gerichtsverhandlung ist nichts bekannt. Der Bürgermeister lag krank zu Bett, der Kreisdirektor war in Straßburg. Wegen der angeleglichen Verfehlungen des Leutnant v. Forstner im Manöver ist eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis noch nicht feststeht.“

Man beachte, wie wesentlich die Fortbildungsschüler in „Zivilisten“ umgelaufen werden und wie die Kriegslaten der Soldaten mit ihren scharfgeladenen Gewehren im milderen Lichte dargestellt werden. Allerdings kann diese harmlose Deutung auf die Dauer nicht aufrecht erhalten bleiben, dafür hat u. a. auch der Gemeinderat Sorge getragen:

Ein Protest des Gemeinderates.

Der Gemeinderat hat am Sonnabend folgende Resolution an den Reichskanzler, den Kaiserlichen Statthalter, den preussischen Kriegsminister und an das Reichstagspräsidium telegraphisch gerichtet:

Gestern abend sind ungefähr dreißig ruhige Bürger von Militärpatrouillen ohne Grund gewaltsam festgenommen und abgeführt worden. Alle, mit Ausnahme eines Landrichters, haben trotz Einspruchs der Zivilbehörde die Nacht im Keller der Kaserne zubringen müssen und sind erst heute gegen Mittag dem Zivilrichter vorgeführt worden, der sofort ihre Freilassung angeordnet hat. Der Zaberner Gemeinderat in besonderer Sitzung gibt einstimmig seiner Entrüstung Ausdruck über das fortgesetzte, jeder rechtlichen Ordnung hohnsprechende und offensichtlich provokatorische Vorgehen des Obersten von Reutter und erwirrt dringend, sofort die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um der Zaberner Bürgerschaft den Schutz angehehen zu lassen, auf welchen sie rechtlich Anspruch hat.

Antworten aus Berlin.

Auf diese energische Sprache sind sofort die nötigen Untersuchungen angeordnet worden und beim Gemeinderat von Zabern trafen zwei an den Bürgermeister Rudolph adressierte Antworttelegramme ein. Der Kriegsminister v. Falkenhayn telegraphierte:

Das dortige Telegramm vom 29. d. Mts. ist an das Generalkommando in Straßburg zur sofortigen Weitergabe, dem die Pflicht obliegt, weitere Gesekwidrigkeiten zu verhindern.

Der Reichskanzler telegraphierte: Ich habe Ihr Telegramm erhalten und es dem Kaiserlichen Statthalter mitgeteilt. Falls die eingeleitete strenge Untersuchung Gesekwidrigkeiten ergibt, wird Abhilfe geschaffen.

Neue Zusammenstöße am Sonnabend.

Am Sonnabend morgen kam es in Zabern zu neuen Ausschreitungen und Zusammenstößen zwischen der Volksmenge und dem Militär. Als der städtische Beigeordnete Gunk vermittelnd eingreifen wollte, wurde ihm von einer Militärpatrouille die Tür seiner Wohnung eingebrückt. Man befürchtet für heute Abend erneute Ausschreitungen. Die „Nationalzeitung“ meldet weiter, daß gegen Leutnant v. Forstner, der sich im letzten Manöver angeblich verschiedene Verfehlungen zuschulden kommen ließ, eine Untersuchung eingeleitet ist. Das Ergebnis der Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. In Zabern sind die Läden durchweg geschlossen. Die Erregung ist aufs höchste gestiegen und hat sich auch nach Straßburg mitgeteilt, wo die Zaberner Vorfälle leidenschaftlich diskutiert werden. Landgerichtspräsident Fürst, der die Beschwerde abgefaßt hat, ist bereits von Zabern nach Straßburg abgereist, um beim Grafen v. Wedell wegen der Verhaftung von drei Gerichtsbeamten vorstellig zu werden. Sie sollen beruhigende Zusicherungen erhalten haben.

Der Oberst läßt sich nichts dreinreden.

Der „Voss. Ztg.“ wird aus Straßburg zu der neuen Zaberner Affäre noch gemeldet: Unter den Verhafteten waren zwei Landgerichtsräte altsächsischer Abstammung, beides Träger angesehenen Namen. Das ganze Vorgehen des Militärs, ohne das ein Angriff auf das Militär gemacht worden war und ohne daß man die Zivilbehörden benachrichtigt hätte. Der Kreisdirektor, der den Regimentskommandeur auf das Unzulässige seines Vorgehens hinwies, wurde juristisch gesehen mit der Erklärung, er, der Oberst, wisse, was er tue, und lasse sich nicht dreinreden. Die reichslandische Regierung nimmt, wie das Blatt zuverlässig erfährt, die Sache außerordentlich ernst und rüht mit allem Nachdruck auf schleuniger und völliger Abhilfe bestehen.

Eine Anfrage im Reichstag.

Ueber die Vorgänge in von den elsässischen Abgeordneten im Reichstage heute folgende kurze Anfrage eingebracht worden.

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Zabern am 28. November Offiziere des 99. Infanterie-Regiments, ohne von der Polizeibehörde requiriert zu sein, einen Zug Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett und mit geladenem Gewehr gegen das Publikum vorgehen ließen? Welche schleunigen Maßnahmen gebeknt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um Uebergriffen des Militärs vorzubeugen, welche die Gefahr blutiger Ereignisse herausbeschwören?“

Am Sonntag nachmittag fand in dem 20 Kilometer entfernten Dorfe Ingweiler eine Protestversammlung statt, in der der Abgeordnete des Kreises, der Freikinnige Käser, eine Rede hielt. Es wurde eine scharfe Protestresolution angenommen.

Die Soldaten jagen weiter.

Am Sonntag wurden drei Verhaftungen vorgenommen, darunter befinden sich zwei Brüder Oberle, die Fabrikarbeiter sind und sich „auffällig benahmen.“ (1) Der eine war schon auf der Wache, als der andere hinkam und seinem Bruder zurief: „Seppel, komm r-!“ (2) Soldaten legten auf den Rufer, der flüchtete, an, schossen aber nicht. Er wurde dann festgenommen. Er setzte sich festig zur Wehr und wurde in den Keller gestoßen. Der andere Verhaftete ist ein Wäckerbursche, „dessen provozierendes Benehmen bekannt ist.“ — Donnerweiter! Aber er wurde anscheinend ebenfalls „bestigt“!

Friedhofsstille.

Die Antworttelegramme des Reichskanzlers und des Kriegsministers sind am schwarzen Brett öffentlich ausgehängt worden. Am Mittag sah man auf dem Schloßplatz kaum einen Menschen. Nur ein Maronenhändler rief seine Waren aus und wartete auf Käufer. Auf den Straßen patrouillierten die Soldaten in Gruppen zu vier Mann mit geladenem Gewehr. In den Wirtschaften wird der „Zaberner Anzeiger“ in Massen heimlich verkauft. Er wird vom Militär öffentlich boykottiert. Die Militärpersonen fragen, wenn sie in die Wirtschaften einkehren, ob der Wirt den „Zaberner Anzeiger“ abbestellt habe. Sie müssen fragen, und wenn der Anzeiger in diesen Wirtschaften ist, wieder umkehren. Unter den Gästen zirkuliert aber das Blatt ungehindert. Es ist auch ein Vertrieb von Ansichtskarten eingerichtet worden, der Karten herausgibt, auf denen die Offiziere karikiert sind. Die Bilder sind mit Unterschriften versehen wie „Wacker“, die „Revolution in Zabern“ usw. Augenblicklich zirkuliert ein „Auf“ ruf für einen Hilfsfonds für die gemarterten Soldaten.

Der Held der Aktion.

Wegen den Helden der ganzen Aktion, den Leutnant v. Forstner, schwebt — wie schon angedeutet, ein Verfahren wegen Verfehlungen im Manöver. Die Untersuchung wird derzeit streng geheim geführt, das Genaueres über die Art der Verfehlungen in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist. Das „Berl. Tagbl.“ teilt zu dieser Anlegenheit folgendes mit: „Ueber die Art dieser Verfehlungen“ gingen uns vor einigen Tagen detaillierte Mitteilungen zu, von deren Veröffentlichung wir indes sehr peinlichen Charakter wegen zunächst Abstand nahmen, die aber, wenn sie sich bewahrheiten sollten, die Militärbehörde in allerhöchster Zeit zu durchgreifenden Maßnahmen zwingen würden. Da in den letzten Tagen Zeugen vernommen wurden, die mit den fraglichen Vorgängen sehr vertraut sein sollen, die Militärbehörde aber noch keine Konsequenzen aus dem Ergebnis dieser Vernehmungen gezogen hat, so muß man allerdings annehmen, daß diese Aussagen nicht beweiskräftig sind.“

Der Landgerichtspräsident und der Erste Staatsanwalt haben sich nach Straßburg begeben, wie man hört, um dem Statthalter Vortrag zu halten. Vom Ministerium ist zur Feststellung der Vorfälle Geheimrat Pauli als Untersuchungskommissar gesandt worden. Außerdem sind in Zabern zwölf Gendarmen zusammengezogen und ein auf Antrag des Kreisdirektors dorthin entsandten Polizeikommissar unterstellt worden, damit „die Ruhe“ unter allen Umständen durch die Kräfte der Zivilpolizei aufrecht erhalten werden kann. — Die Ruhe vor wem?

Mißhandlungen durch Militär?

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Straßburg: Wegen Mißhandlung durch Militär mußten mehrere Personen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die elsässische Presse ohne Unterschied der Parteien verurteilt aufs schärfste die Vorgänge. Die gesamte Presse fordert die Bevölkerung zu ruhigem Verhalten auf. Die elsässischen Rekruten, die die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gebracht haben, werden wegen Komplotts nach § 101 des Militärstrafgesetzbuches am 9. Dezember vor das Kriegsgericht gestellt. Wie übrigens bestimmt verlautet, ist die Entfernung des Obersten und des Leutnants nach Erledigung der Affäre beschlossene Sache. (??)

Keine Harmonie mehr.

Wie aus Zabern berichtet wird, beabsichtigte der Gesangverein „Darwinie“ Sonnabendabend ein Konzert zu veranstalten. Dieses mußte aber in letzter Stunde abgefaßt werden, da Oberst von Reutter am Nachmittag den Militärmusikern verboten hatte, im Orchester mitzuwirken.

Soweit wäre also die Fragilomodie. Ein jüngerer Leutnant verspricht den Soldaten zehn Mark für jeden erstickenen Wacker und läßt sie ein, auf die französische Fahne zu schwören. Das darf er. Er jung, belgisch-militärischer Vorgesetzter. Aber die Soldaten, die die Sache ausplaudern, liegen ins Loch und am 9. Dezember soll ihnen der Brock gemacht werden. Die Bevölkerung, die gegen Schimpf und Drohung protestiert, wird als ergebender

Pöbel behandelt. Die Spannung zwischen Zivil und Militär ist unerträglich. Aber der Leutnant bleibt, der Oberst bleibt, das Regiment bleibt, das General-Kommando bleibt, auch wenn die ganze Welt darüber in Scherben ginge, sie bleiben — militärisch ausgedrückt — an der Stelle, an die sie Seine Majestät kommandiert hat. Rückzug vor Zivil? Unmögliche Gedanken. Am Freitag abend geht der Leutnant v. Forstner Schokolade kaufen und nimmt zu diesem Zweck vier Soldaten mit auf gepflanztem Seitengewehr mit. Ein paar Jungen auf der Straße höhnen hinterdrein, man verfolgt die Uebeltäter und erzielt dadurch einen Zusammenstoß von Neugierigen. Da — auf dem Hauptplatz der Stadt — treten fünfzig Mann ins Gewehr, scharfe Patronen werden verteilt, dumpfer Trommelwirbel ertönt, man bereitet sich zum Schießen vor. Dazu kommt es aber glücklichweise nicht, sondern man geht auf Streife, packt jeden Zivilisten auf, der lacht oder stehen bleibt, und sperrt ihn in den Kohlenkeller der Kaserne. Man erwischt bei dieser Gelegenheit auch drei Richter und einen Staatsanwalt. Was als Drama zu beginnen schien, wandelt sich zur tollsten Possen, die die Welt seit den Tagen des Hauptmanns von Ropenick erlebt hat.

Der Landgerichtsdirektor protestiert und kriegt mit Mühe seine Leute frei. Der Bürgermeister protestiert und erklärt, zu einem polizeilichen Eingreifen sei kein Anlaß gewesen. Der Gemeinderat protestiert in einem Telegramm an Reichstag, Reichskanzler, Statthalter, Kriegsminister. Dreißig ruhige Bürger sind ohne Grund gewaltiam abgeführt worden und haben die Nacht in einem Keller der Kaserne verbringen müssen. Der Reichskanzler antwortet, falls (1) die eingeleitete strenge Untersuchung Gesetzwidrigkeiten ergebe, werde Abhilfe geschaffen werden. Der Kriegsminister etwas schreibiger: „Dortige Telegramme nach Generalkommando Straßburg zu sofortiger Veranlassung weitergegeben, dem die Pflicht obliegt, Gesetzwidrigkeiten unbedingt zu verhindern.“

Der Militarismus hat sich in Zabern eine Weltblamage geholt, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Aber es war nur ein glücklicher Zufall, daß der Säbel in seiner Hand sich unverleht zur Narrenpritsche verwandelte. Und die humorvolle Befriedigung darüber, daß es in Zabern gelungen ist, endlich einmal die Richtigen zu erwischen, darf uns über den ungeheuren Ernst der Angelegenheit nicht hinwegtäuschen.

In Elz-Lothringen steht ein ganzes Regiment in Auflehnung gegen die Zivilbehörde. Unter Führung des Obersten Neutter begehen die Offiziere schwere Gesetzwidrigkeiten, sie verhängen aus einiger Vollmacht über eine Stadt den Belagerungszustand und geben sich einer friedlichen Bevölkerung gegenüber als Herren über Leben und Tod. Ein Befehl zum Schießen wäre unter solchen Umständen eine Aufforderung zum Mord gewesen, der den Gehorsam zu weigern die Soldaten gesetzlich berechtigt und moralisch verpflichtet gewesen wären. Die vom Militär aus eigener Vollmacht vollzogenen „Verhaftungen“ charakterisieren sich als schwere Freiheitsberaubungen ohne jede rechtliche Unterlage.

Ein Konflikt besteht zwischen den Zivil- und Militärbehörden nicht nur in Zabern, sondern in ganz Elz-Lothringen. Unwiderrspochen wird in der Presse behauptet, daß der Statthalter Graf Wedel ein entschiedener Gegner der vom General v. Deimling betriebenen Provokationspolitik ist. Seit Deimling in Straßburg ist, reifen die „Zwischenfälle“ nicht mehr ab. Dem Statthalter ist, so behauptet man, himmelangst vor dieser Gesellschaft, aber seine Bemühungen, sie loszuwerden, sind bisher vergeblich gewesen.

Im Seniorenkonvent des Reichstages ist vereinbart worden, die Vorgänge in Zabern und die anderen Gegenstände, auf die sich die eingebrachten Interpellationen beziehen, in den Neben zum Etat nicht zu berühren. Es

dürfte allerdings ausgeschlossen sein, daß sich die Debatten streng an diese Umarmung halten; denn die Standalösen Zustände in Zabern sind derart, daß sie nicht mit einer kurzen Antwort des Kriegsministers erledigt werden können, sondern, daß so rasch als möglich eine eingehende Besprechung erfolgen muß. Die Regierung hat die Beantwortung der Interpellationen auf die nächste Woche verschoben; sie will offenbar Zeit gewinnen und sie rechnet wahrscheinlich damit, daß, wenn erst das Fertendebüt bei den Abgeordneten sich geltend macht, die Aussprache weniger ergiebig sich gestalten dürfte. Da nun aber der Standal in Zabern von Tag zu Tag immer mehr wächst, und die Militärbehörde offenbar auf dem Standpunkt steht, daß sie auf keinen Fall nachgeben dürfe, wird es sich gar nicht umgehen lassen, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit eingehende Kritik an diesen Vorgängen zu üben.

Politische Uebersicht.

Von der Energie des Reichstages.

Im Reichstag wurden am Sonnabend zunächst Rechnungssachen besprochen. Ist es schon bezeichnend für einen Staat, in dem man mit solcher Blieschnelle gegen Streitvergehen die Maschine der Justiz in Bewegung setzt, daß der Reichstag erst im November 1913 dazu kommt, die Bemerkungen des Rechnungshofes zu den Ausgaben von 1909 zu prüfen, so ist das, was Genosse Froske und Herr Erzberger feststellen, noch viel bezeichnender für die Wertung, deren sich der Reichstag bei der Regierung erfreut. Man hat Ausgaben, die der Reichstag durch seinen Beschluß aus dem Etat herausgeriffen hat — so z. B. Pferdegelber für die Adjutanten, sogar für Adjutanten, die Seeoffiziere sind! —, ganz unbefürmert um den Beschluß des Reichstages, weiter geleistet. Mag der Reichstag von den Milliardenausgaben des Militarismus auch ein paar tausend Mark jreuchen — das ist ganz egal, darum kümmert sich kein Mensch, das Geld wird frisch drauflos ausgegeben, und es ist ja insbesondere die Partei des Herrn Erzberger selbst, die im entscheidenden Moment immer versagt, wenn es möglich sein würde, der Regierung mehr Respekt vor der Volksvertretung einzubringen. Darum ist auch die gewohnte Kritik Erzbergers bei den Rechnungssachen und Staatsüferschreitungen, je schärfer sie ist, eine um so schärfere Anklage gegen seine Partei!

Ist der Reichstag also verdammt unenergisch der Regierung gegenüber, so bringen die Parteien seiner Mehrheit umsonst Energie auf gegen die armen Teufel, die als Sausierier schwer genug einen langen Lebensunterhalt sich verdienen. Die Konservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen, und natürlich auch das Fränklein der neben aufrechten Männer von der Wirtschaftlichen Vereinigung, sind nicht nur bereit, die neue Gewerbenovelle mit ihrem Verbot der Wanderlager und ihr Einschränkung des Hausierhandels anzunehmen, sondern diese Maßnahmen gehen ihnen noch nicht weit genug und Herr Nistor vom Zentrum erklärt sogar Oesterreich mit seiner Zünflerei für ein nachahmenswertes Vorbild, freilich ohne auch hervorzuheben, daß die gesamte Mittelstandspolitik des Nachbarlandes dort den Niedergang des Kleingewerbes in keiner Weise aufzuhalten vermocht hat. Schwebt diesen Herren vielleicht als nachahmenswert auch die riesige K u s t a n d e r u n g vor, die man jetzt in Oesterreich beflagt, und an der der Ruin zahlreicher kleiner Erzfischen durch Hausierverbote und dergleichen mehr seinen Anteil hat? Unsere Genossen Stolle, König und Fischer-Hannover unterließen nicht, die Verfolgung des Hausierhandels nach Gebühr zu kennzeichnen, wobei sie auch hervorhoben, daß manche Gewerbe direkt auf den Absatz durch den Hausierhandel angewiesen sind, und daß die gesamte

Industrie in einer Zeit der schlechten Konjunktur und Rückgangs des Exports den Hausierhandel sehr nötig hat bis in die letzte Gasse dringt und so geeignet ist, Absatz auf den inneren Markt zu heben. Unsere Regierungen auch auf das Gesamtinteresse des konservativen Garmers vom letzten Donnerstag zurück und weisen darauf hin, daß der G e b u r t e n r u c k g a n g mit zum großen Teile eine Folge der wucherischen Verteuerung der Lebensmittel ist, die durch die Schutzpolitik des Reiches verschärft und gefördert wird.

Am Montag werden weitere kleine Vorlagen raten, am Dienstag beginnt die erste Lesung des Et

Regierung und Zuchtgesetz.

Ueber die Haltung der Regierung zu dem von den Konservativen beantragten höheren Schutz der Arbeitswilligen hat die „Tägl. Rundschau“ Erläuterungen eingegeben. erfahren, daß in den Ansichten über die Notwendigkeit eines Arbeitswilligenschutzgesetzes ein starker Umschwung zugunsten eines derartigen Gesetzes eingetreten ist. In den zuständigen Stellen der Bundesregierungen hat sich ein erdrückendes Material über sozialdemokratischen Terrorismus gegen Arbeitswillige angehäuft, dem man mit den bestehenden Gesetzen vielfach nicht mehr mit dem notwendigen Nachdruck glaubt, entgegenzutreten zu können. Es gewinnt daher Gedanke Raum, nicht bis zur Erneuerung des gesamten Strafrechts mit den notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zu warten, sondern für sofortige Abhilfe der dringlichsten Missethäter zu sorgen. Es darf angenommen werden, daß ein erheblicher Teil der Bundesregierungen im Bundesrat für ein Arbeitswilligengesetz eintreten wird.

Es ist bekannt, daß eine Verfügung existiert, nach der die Polizeibehörden verpflichtet sind, über alle Streit- und Schreitungen dem Reichsamt des Innern zu berichten. Dort ist ein umfangreiches Material angeammelt, und noch nie in Uebereinstimmung, ebensowenig allerdings hat man sich dazu entschließen können, das Material der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um eine Nachprüfung zu ermöglichen.

Fürst Bilibios Nachruf auf sich selbst.

In der nächsten Zeit wird ein Buch des Fürsten Bilibios über die deutsche Politik erscheinen, aus dem einzelne bürgerliche Blätter schon jetzt spaltenlange Auszüge bringen. Obhandelt sich danach um einen nicht gerade sehr gebante reichen Versuch des ehemaligen Reichsanzlers, seine innere und äußere Politik zu rechtfertigen, namentlich den Konflikt und die Reichstagsauflösung von 1906, sowie das Verhältnis zu Frankreich spielen in den Darlegungen des Fürsten eine große Rolle. Bisher Unbekanntes ist aber in ihnen, soweit bis jetzt zu sehen ist, nicht enthalten. Bilibios in höchstens Erinnerung, daß Eugen Richter dem Fürsten Bilibios den Uebergang der Fortschrittler in das „nationale“ Lager prophesiert, hatte schon lange bevor der berühmte Unfall nach rechts im Dezember 1906 erfolgt war. Es wird damit bestätigt, daß der verstorbene Führer der freikämpfigen Volkspartei den damals eingetretenen Umschwung vor langer Zeit planmäßig vorbereitet hat.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß Bilibios an einen ersten Geheiß zwischen Konservativ und Liberalen nicht glaubte. Er schreibt auch jetzt noch: daß einen liberalen Bürgermann von einem konservativen Bürgermann ein Weltanschauung trenne, das glaube im Ernst kein Mensch. Natürlich ist auch seitenslang von der Sozialdemokratie die Rede. Hier kommt es dem gewesenen Reichsanzler vor allem darauf an, die preussische Reaktion politisch zu rechtfertigen, die er, dieser Liebling der liberalen Bürgermänner während seiner ganzen Amtszeit getrieben hat. Er setzt langsam und leicht auseinander, warum gerade in Preußen eine „Be-

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

32 (Nachdruck verboten.)
Laut Stimmen, die in seiner unmittelbaren Nähe erschallten, schrien Reinhold aus diesen Betrachtungen auf: eine bessere und eine tiefere, in welcher er die feine Nuance zu erkennen glaubte. Es mochte ein Wortwechsel sein: die bester Stimme wurde immer heftiger, bis ein donnerndes: Schweigen Sie! den Redeschwall unterbrach. So konnte nur Onkel Ernst donnern.
Er war stehen geblieben, unerschütterlich, ob er näher treten dürfte, ob er den Streitenden ausweichen sollte. Da aber kamen diese bereits um den Hofen Marmorblöde, welcher sie bisher seinen Wänden entzogen, herum: der Onkel war ein prächtiger Mann, dessen unerschütterliches Gesicht von Wut entflammte und wie vorgeratet war. Auch auf des Onkels Stirn, aus welcher der breite Schläppchen hoch hinausgehoben, lag eine rote Barmut; aber seine großen, mächtigen Augen blühten fest und ruhig, und fest und ruhig war die Stimme, als er jetzt, den Kneifen erklügend, sagte: „Guten Morgen, Reinhold!“ obgleich es kein guter Morgen für mich ist.“
„Wünschen Sie meine weitere Begleitung, Herr Schmidt?“ fragte der Mann.
„Allerdings, Herr Inspektor! Sie werden die Letzte Zeit in meinem Besitz einlassen.“
„Das werde ich nicht tun, Herr Schmidt.“
„In meinem Besitz und in dem aller übrigen Leute! — Siehen Sie die Gode!“
Und Onkel Ernst deutete auf ein Gerüst, in welchem eine große Gode hing.
„Das ist meines Amies nicht“, sagte der Inspektor trotzig.
„Sie haben recht“, erwiderte Onkel Ernst, „denn Sie haben kein Amt mehr, von dieser Schwabe an.“
„Ich stehe auf hierüberliche Kündigung.“
„Das wird sich finden.“
Onkel Ernst ging auf die Gode zu. Reinhold kam ihm zuvor. — „Erlaube das mir!“ sagte er.
Er wartete des Onkels Antwort nicht ab und löste den herabhängenden Strang; im nächsten Augenblick erschallten die letzten Schläge, mächtigen Klängen über den Hof töndend, das Kreischen und Klirren der Sägen, das Rasen und Klöpfen der Hämmer und Keil überlautend, die Arbeiter von ihrer Arbeit aufstehend. Schon kamen sie von da und dort herbei mit verfluchten Gesichtern.
Während sie sich versammelten und nun in Gruppen, wie sie aus den Werkstätten gekommen, herandrängten — wohl über zweieinhalb, wie Reinhold meinte — stand Onkel Ernst an einem Marmorblode gekniet, die Arme über der Brust verschränkt,

starr vor sich niederblüend; ein paar Schritte vor ihm der Inspektor, der jetzt sehr blaß geworden und in dessen schauer, verklärter Miene deutlich zu lesen war, daß ihn nur die Furcht an diese Stelle kamte. Reinhold war seitwärts an den Blod getreten, um welchem der Onkel lehnte, um auf alle Fälle in seiner Nähe zu sein. Um was es sich auch immer handeln mochte — etwas Fröhliches war es nicht — und während seine Blide über die Leute schweiften, bezeugten sie manchem dergewegenen, ja vermittelten Gesicht.
Und jetzt richtete sich Onkel Ernst auf, die großen Augen starrten über die versammelte Menge, die Arme sanken von der breiten Brust und aus der breiten Brust kam die mächtige Stimme, wie grollender Donner:
„Gute! Sie kennt die Haus- und Arbeitsordnung; sie ist Euch vorgelegt — jedem Einzelnen, der bei mir in Arbeit war: sie ist in jeder Werkstatt angehängt; keiner darf sagen, daß ihn auch nur ein Punkt dunkel oder unverständlich geblieben; und so soll sie auch gehalten werden, Punkt für Punkt, wie von mir, dem Arbeitgeber, so von Euch, den Arbeitnehmern. Ist einer unter Euch, der hier vorzutreten und sagen kann, daß ich auch nur ein einziges Haars Breite von dem abgewichen, was ich Euch versprochen, oder sonst meine Pflicht und Schuldigkeit im mindesten nicht erfüllt habe, der trete vor und sage es!“
Er machte eine Pause — die Arme wieder verschränkend und die Augen senkend, als wolle er auch nicht durch einen Blick jemand einschüchtern, seine Meinung frei zu äußern. Reinhold sah, daß hier und da ein paar Köpfe zusammenzuckten und ein paar schwache, heimliche Blide gewechselt wurden; aus einer Gruppe, die ihn schon vorhin aufgefallen, machte auch einer einen Schritt vorwärts, aber die anderen hielten ihn am Arm, und er trat wieder zurück. Onkel Ernst schaute zum zweiten Male auf:
„Es hat sich keiner gemeldet; ich muß annehmen, daß Ihr mir nichts vorzumerken, daß Ihr keinen Grund zur Klage habt. Ich aber — ich habe Grund zur Klage gegen einige von euch, und damit Ihr alle hört, was es ist und wer es ist, und daß Ihr Euch in Zukunft danach richtet, und wer noch etwas heimlich auf denselben Wege geht, weiß, was er zu tun hat, wenn er sonst ein ehrlicher Kerl ist, seid Ihr hier zu sammengerufen.“ — Jakob Schwarz, Johann Brand, Anton Reier — jetzt Ihr vor.“
Eine lebhaft Bewegung unter den Leuten entstand, aller Augen richteten sich auf die Gruppe, die Reinhold bereits aufgefallen war. Der Gejell von hoch oben kam entfließen vorwärts und blühte hinter sich, worauf denn noch zwei andere zögernd folgten. — „Was soll's?“ fragte der erste.
„Du wirst es gleich erfahren“, erwiderte Onkel Ernst. „Ihr wisst, Leute, daß unsere Statuten Euch verbieten, einem sozialistischen Kerl anzugehören; daß ich diese drei Knack und Fall hätte wegwerfen können, als ich nur acht Tagen schau-

wie es mit ihnen bestellt ist; daß ich Gnade vor Recht ergehen ließ, wenn ich sie nicht strengst, wenn ich ihnen Zeit ließ sich zu bessern. Gestern abend war die Frist abgelaufen; sie haben gestern abend Herrn Röllner hier die von ihnen geforderte Versicherung, daß sie aus dem Verein ausgetreten, nicht gegeben. Herr Röllner hätte sie heute morgen nicht wieder an die Arbeit lassen dürfen; er hat es getan und ist deshalb von diesen Augenblick an Euer Inspektor nicht mehr, und überhaupt aus meinen Diensten geschieden.“
Die Köpfe wogten durcheinander. Bestürzung malte sich auf den meisten Gesichtern, auf manchen Schadenfreude; der Inspektor versuchte ein höfliches Nicken, das aber nur zu einer traurigen Grimasse wurde.
„Ihr nun“, rief Onkel Ernst fort, „sich jetzt zum ersten Male an die Betroffenen wendend, nehmt Eure Sachen und verlaßt den Hof auf der Stelle! Und Ihr anderen, laßt Euch dies Beispiel zur Warnung dienen und Euch gesagt sein, daß Ihr freilich längst wissen solltet, daß mit mir nicht zu spaßen sondern daß es mein bitterer Ernst ist mit dem, was ich sage und — nun geht wieder an Eure Arbeit!“
Eine Anzahl der Leute machte sofort kehrt und fing an sich zu entfernen, aber andere — fast aus jeder Gruppe einige — blieben und rückten, während die Reihern sich löseten, näher zusammen, als wollten sie einer bei dem andern Schutz suchen. Auch die zuerst gehen wollten, blieben wieder stehen, kehrten um und traten ebenfalls aneinander heran, so daß trübenigen Augenblicken der Halbkreis sich in zwei Teile geteilt hatte; der Letzteren, und augenscheinlich fröhlicheren und Willigeren, war die bei weitem größere Zahl; aber die anderen, es mochten ihrer wohl dreißig sein, waren offenbar die Entschlosseneren und Verwegeneren. Reinhold trat an des Onkels Seite.
„Was steht Ihr noch?“ fragte Onkel Ernst, — „was wollt Ihr noch?“
Aus der Menge der Unzufriedenen, die sich jetzt zu einem Knäuel zusammengedrängt hatte, trat einer herbor — keiner von den Dreien — ein Burck, der hübsch gewesen sein würde, nur daß das junge Gesicht bereits von bösen Leidenschaften zerwühlt und verwüthet war. Seine hellen frechen Augen sahen wässrig aus, als ob er bereits der Plöcke ungebührlich zugesprochen. Er machte eine Geste, als ob er auf der Rednertribüne stünde und sprach mit großer Geläufigkeit:
„Wir wollen wissen, Herr Schmidt, weshalb wir nicht Sozialisten und auch Kommunisten sein sollen, wenn wir wollen; wer uns verbieten kann, einzutreten in die Reihen der Arbeiterkolonnen, die gegen die hartergezte Bourgeoisie marschieren, um sich ihr gutes Recht wieder zu erobern, das man uns so schmählich borenthält? Wir wollen wissen —“
„Schweig!“ donnerte Onkel Ernst, — „schweig, elender Bube und schäme Dich in Deine Seele hinein, wenn Du Dich noch schämen kannst!“
(Fortsetzung folgt.)

ständigspolitik" gegenüber der Sozialdemokratie nicht möglich sei. Der Verzicht der Regierung auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie in Preußen, so meint er, ganz den Spuren seines Freundes v. Döbenburg folgend, würde als die Kapitulation der Obrigkeit vor der "Revolution" aufgefaßt werden. Nun besteht aber zwischen preussischer Regierung und Sozialdemokratie, soviel wir wissen, auf keiner Seite ein Wunsch nach "Verständigung". Es handelt sich nur darum, daß die preussische Regierung ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie mit anständigen Mitteln, im Rahmen eines modernen Staates führen soll, nicht aber durch Dreiklassenwahlrecht und Polizeimittel. Darum wird auch die gütliche Inanspruchnahme einer Verständigung für den Fall, daß die Sozialdemokratie "offen und in aller Form mit der Monarchie ihren Frieden mache", in sozialdemokratischen Kreisen mit Lächeln aufgenommen werden.

Alte Anfragen im Reichstage.

Abg. Dr. Quark-Frankfurt a. M. fragt an:
"Ist es richtig, daß der Herr Reichsminister und die ihm nachgeordneten Beamten bereits seit längerer Zeit mit den Organisationen der Unternehmer der verschiedensten Gewerbegruppen über die Erneuerung der Handelsverträge verhandeln und weshalb werden, falls dies richtig ist, zu diesen Verhandlungen von der Reichsregierung nicht gleichzeitig auch die Berufsorganisationen der Arbeiter zugezogen?"

Die Abgg. Sasse und Feldmann haben folgende Antwort gegeben:

"Ist dem Herrn Reichsminister bekannt, daß in den schlesischen Kreisen Silesien, Schweidnitz und Waldenburg infolge der dort ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche eine massenhafte Abschächtung von Klauenvieh stattfand und daß durch den hierdurch verursachten Schaden eine große Aufregung unter den kleinen und mittleren Landwirten entstanden ist?"

Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um die betroffenen Landwirte ausreichend schadlos zu halten?"

Hertling's Bericht.

Nach dem Erfolg in der Königs- und Jüdischenfrage hat Herr v. Hertling am Sonnabend im bayerischen Landtage auch seine Selbstzufriedenheit wiedergefunden. So widmete er der Abgeordnetenkammer eine recht ausführliche Vorlesung über die Notwendigkeit und die Vorzüge einer ultramontanen Regierung, die zugleich es leugnet, daß sie ultramontan ist. Von Hertling sprach der bayerische Bauernbündler Eberberger gegen die Verquickung von Religion und Politik, mit der das Zentrum arbeitet. Herr von Hertling entwickelte dann ein ultramontanes Regierungsprogramm allerhöchster Art, wiederholt von Gefächler und Unruhe der Linken unterbrochen und nicht übermäßig laut vom Zentrum bejubelt. Zum Schluß stellte Herr von Hertling dieses Programm ausdrücklich unter den Schutz des Königs, dessen Abhören das solidarisches haftende Ministerium Hertling lediglich ausführe.

Hertling beteuert, er regiere ganz objektiv. Wann und wo so ruht er ebenso passiv wie sorgfältig vorbereitet aus, sind unter meiner Amtsführung Rechte anderer Konfessionen beeinträchtigt worden? Wann und wo ist die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit beeinträchtigt worden? Wann und wo sind die Freunde der nichtkatholischen Richtung unter meiner Amtsführung einseitig zurückgesetzt worden? Wann und wo sind die Freunde meiner Weltanschauungen von mir einseitig begünstigt worden? Sofort aber beantwortet Hertling diese Fragen selbst. Das Zentrum fordere dringend, Verbots des freireligiösen Unterrichts, von dem es Ansehensgefahr fürchtet. — Das geht nicht, erklärt der Ministerpräsident, das wird durch die Verfassung verboten. Man kann Kinder freireligiöser Eltern nicht zwingen, konfessionellen Religionsunterricht zu nehmen, aber man kann den freireligiösen Unterricht zwingen, konfessionell zu sein. Die staatliche Genehmigung für den freireligiösen Unterricht bedeutet nicht, daß er in irgend einer Weise als gleichberechtigt oder als Ersatz für den christlichen Religionsunterricht zu gelten haben. Keine Philosophie, auch nicht die Kantische, und noch viel weniger die neueren Philosophen sind geeignet, eine Grundlage für die Erziehung der Kinder abzugeben; dazu ist nach den Erfahrungen der Jahrhunderte nur das Christentum befähigt. Und Hertling fügt hinzu: Wenn sich herausstellen sollte, daß in einem freireligiösen Unterricht Theorien vorgetragen werden, welche für die unreifen jugendlichen Gemüter ungeeignet sind, welche den Zweck hätten, die letzten Grundlagen allen gesellschaftlichen Lebens, den Glauben an Gott, den Glauben an eine sittliche Weltordnung, den Glauben an eine Vergeltung im Jenseits zu rauben, dann würde ich meinen, daß ein solcher Unterricht nicht geduldet werden darf. Wenn sich herausstellen sollte, daß in die Einheitlichkeit der Erziehung der Kinder ein Widerspruch gebracht wird, daß die Kinder, die diesen Unterricht besuchen, dann mit den Vätern des überlebten Christentums und von der Notwendigkeit der Selbstbestimmung haften gehen, und ihren Mitbürgern das Vertrauen zu ihrem Religionsunterricht nehmen, dann müßte im Interesse der einheitlichen Erziehung ebenfalls eingeschritten werden.

Auf der linken Seite fand dieses nativ Bekennnis zu rohem Gewissenszwang und verwerflichsten Terrorismus heftigen Widerspruch. In der Tat bedeuten diese Ausführungen nichts anderes als die Drohung, das nun einmal durch die Verfassung gewährleistete Recht auf freireligiösen Unterricht dadurch zu umgehen, daß man den freireligiösen Unterricht selbst zwingt, sich den christlichen Dogmen zu unterwerfen, und außerdem einzusetzen will, wenn sich irgend eine Spur von Beeinträchtigung durch freireligiöse Kinder zeigen sollte.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede befruchtete Herr von Hertling, daß er sich um die Militärfrage besonders bemüht habe. Bayern habe keine besondere Mißbilligung gezeigt, und mit erhöhter Stimme erklärt der Redner der Kavallerieregimenter: "Jetzt muß in diesen Klüften Ruhe eintreten. Auf Jahre hinaus ist das deutsche Volk nicht mehr in der Lage, weitere Militärlasten zu tragen." Dann wendet sich Hertling den Sozialdemokraten zu. Anhänger der sozialdemokratischen Partei sind von der Führung der staatlichen Geschäfte zu entfernen. Die Sozialdemokraten würden es selbst nicht verstehen, wenn sie zu Mitarbeitern der staatlichen Autorität zugelassen würden. Die Unterdrückungspolitik gegen die Eisenbahner erklärt Hertling für die mildeste (!) Form des Volkzugs. Das Wahlrecht will er nur in dem Falle einschränken, wo vitalste Interessen auf dem Spiele stehen. Die jetzigen Strafbestimmungen zum Schutze der Streikbrecher hält Hertling, sofern sie energisch angewendet werden, für ausreichend; er sei also gegen weitere Verschärfung der Gesetze, von denen er auch nicht glaube, daß sie den Bundesrat beschaffen werden. Hertling bekennt, daß seine Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet untätig sei und teilt mit, daß er mit der Reichsregierung unterhandele, ob in San Francisco die deutsche Industrie unter dem Schutze des Reiches aufstellen könne. Schließlich verteidigte Hertling mit der üblichen konventionellen Heberhebung seine Haltung in der Reichsheim-, Königs- und Jüdischenfrage. Er will übrigens nichts davon wissen, daß für die Zustimmung zur Jüdischen Verfassung gemacht worden seien; es ist aber trotzdem Tatsache.

Hierauf verbreitet sich der Kultusminister in langen inhaltlosen Ausführungen über die allgemeine Unterrichtsreform. Auch er erklärt es für unmöglich, den freireligiösen Unterricht verbieten zu können, wenn er ihn auch bedauerlich findet.

"Vor der eigenen Tür Lehren!"

Diesen wohlgemeinten Rat erteilt die Nationalliberale Korrespondenz den Konservativen, die sich noch immer nicht darüber beruhigen können, daß der nationalliberale Kommerzienrat Benkt die "Wittlicher Grenzzeitung" aufgekauft hat. Nach der Nationalliberalen Korrespondenz hat nämlich die liberale "Zürcher Allgemeine Zeitung" der entzweiteten konservativen Presse vorgehalten:

"Wir raten dem Verfasser jenes Artikels, bei dem konservativen Mittelmeister Volgt in Lappau anzufragen, von wem das Wort 'Wald spielt keine Rolle' stammt. Wir empfehlen ihm ferner eindringlich die Lektüre der schon wiederholt von uns erwähnten Broschüre des streng konservativen Herrn de Resee. Darin wird er finden, daß im Reichshause zu Jüterburg kurz vor der Reichstagswahl die blaue Scheine aus dem Portefeuille des Herrn Landrats äußerst feilgebilgt herausflatterten und daß dabei die Worte fielen: 'Wald und Schnaps spielen keine Rolle.'"

Mit Bier und Schnaps werden auch heute noch die Wahlen in den Domänen der Konservativen gemacht. Diesen überzeugenden Getränken wollen die Nationalliberalen in Ostpreußen nun auch noch etwas literarische "Aufklärung" hinzufügen.

Sozialdemokratische Anträge im badischen Landtag. Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages hat in der ersten Sitzung eine Reihe von Anträgen eingereicht, die im wesentlichen einer Milderung der Lasten der unteren Schichten dienen. So wird beantragt, das Einkommensteuergesetz dahin zu ändern, daß Einkommen bis zu 1200 Mark steuerfrei bleiben und daß das Einkommen der Frau bei eigener Erwerbstätigkeit nicht mehr wie bisher dem Einkommen des Ehemannes zugeschlagen wird. Vielmehr soll das Einkommen der Frau selbständig veranlagt werden, um so zu verhindern, daß der geringe Verdienst von Mann und Frau, der zusammen knapp 1200 Mark übersteigt, auch noch zur Steuer herangezogen wird. Weiter beantragt die sozialdemokratische Fraktion die Einführung von 100 000 Mark in den Etat, um aus dieser Summe denjenigen Gemeinden Zuschüsse zu gewähren, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben. Die Regierung soll die Hälfte der von den Gemeinden bestimmten Summe tragen. Die noch nicht erledigten Staatsarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden. Und endlich soll die Regierung im Bundesrat auf eine baldige Einführung einer reichsgerichtlichen Arbeitslosenversicherung hinarbeiten.

Für die Neubauern beantragen die Sozialdemokraten Bewilligung von Staatskrediten und Steuererleichterungen. Außer der Gewährung von Staatskredit zu günstigen Bedingungen soll die Regierung auch ganz ziellos Darlehen aus Staatsmitteln gewähren. Endlich will eine Reform der Gemeinde- und Städteordnung in der Richtung beantragt, daß an Stelle der Klassenwahl das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Verbindung mit dem Proporzsystem tritt.

Ausland.

Ein Tadelvotum gegen den österreichischen Justizminister. Der deutschnationalen Justizminister Dr. v. Hochenburger hat bekanntlich vor einigen Wochen an einen Wiener Richter einen scharfen Mißbilligungsbescheid gerichtet, weil der Richter der Begründung eines Urteils in einem Verleumdungsprozess von laienmässigen Schimpfwörtern Gebrauch gemacht hatte. Der Minister hatte diese Stelle der Urteilsbegründung für eine Beschimpfung der Armee angesehen. Der Erlaß erregte umso größere Empörung, als es nicht der erste Versuch dieses Ministers war, die Rechtsprechung zu beeinflussen. Der Justizanspruch des Abgeordnetenhauses hat nun einstimmig — auch die Parteigenossen des Justizministers stimmten dafür — den Entlass des Ministers als über die Grenzen des Dienstaufsichtsrechtes hinausgehend erklärt.

Verhöhnung gegen König Ferdinand? In Belgrad sind Privatmeldungen aus Sofia eingetroffen, wonach die dortige Polizei eine Offiziersverhöhnung gegen König Ferdinand entdeckt haben soll. Die Offiziere hätten beabsichtigt, den König und seine ganze Familie nach dem Muster der gegenüber dem Fürsten Varnberg besorgten Taktik zu zwingen, Bulgarien zu verlassen. Die Verhafteten weigerten sich angeblich bisher, irgendwelche Details mitzuteilen.

Die Kämpfe der Spanier gegen die Mauren. Aus Melilla eingetroffene Meldungen berichten, daß infolge der starken Angriffe der Mauren auf die spanischen Kolonien in Vones das spanische Panzerschiff "Lauria" die Bombardierung eines maurischen Dorfes vornahm. Durch die explodierenden Granaten wurde das Dorf in Brand gesteckt und ein großer Teil desselben vernichtet.

Studentenunruhen in Spanien. Die Studenten von Barcelona verhielten gestern einen Angriff gegen das Bureau des Rates "Chronica". Als die Polizei erschien und die Demonstranten auseinandertrieben wollte, kam es zu einer Schlägerei mit dieser, in deren Verlauf es mehrere Verwundete auf beiden Seiten gab. Der Unterrichtsminister hat angesichts dieser Vorfälle in den letzten Tagen beschlossen, die Universität bis auf weiteres zu schließen.

Die italienischen Studentenunruhen. Die Studentenunruhen in Mailand wiederholten sich tagtäglich. Als sich am Sonnabend wieder eine große Anzahl Studenten zusammengedrängt hatten, griff die Polizei ein. Es entstand hierauf zwischen Polizisten und Studenten eine Schlägerei, in deren Verlauf die Polizei verhieltene Verhaftungen vornahm. Auch aus anderen Städten Italiens werden Zusammenstöße von Studenten mit der Polizei gemeldet. Ein Telegramm aus Braj besagt, daß dort die deutschen Studenten, die von den italienischen Studenten bei der zwischen ihnen und diesen stattgefundenen Schlägerei zurückgelassenen Gegenstände, Hüte, Stöcke, Schirme usw. öffentlich verkaufen und hieraus eine Einnahme von 40 Francs erzielten. Aus Triest werden ebenfalls Studentenunruhen gemeldet. Als die Polizei versuchte, die Studenten auseinanderzutreiben, entstand eine Schlägerei zwischen Schülern und Studenten. Es wurden 40 Verhaftungen vorgenommen. Auch in Turin herrscht infolge der Vorfälle in Graz große Erregung. Die Studenten haben hier gegen Desterreich manifestiert. Auch aus Bologna, Pavia, Mailand, werden Manifestationen gegen Desterreich gemeldet.

Neue Unruhen der Suffragetten. Einem Telegramm aus Liverpool zufolge haben die Suffragetten ein Sporthotel niedergebrannt. Der hierbei angerichtete Schaden beläuft sich nach zuverlässiger Schätzung auf 40 000 Pfund.

Die Kadlikerung Kawallis-an Russland verweigert. Die Sparte hat der russischen Botschaft offiziell mitgeteilt, daß sie den verhafteten Kawalli, einen der Mörder Mahmud Schewket Paschas, der russischen Botschaft nicht aushändigen werde. Nach einer anderen Mitteilung wird gesagt, daß Kawalli bereits hingerichtet worden sei.

Die Unruhen in Natal. Bei neuen Zusammenstößen an den Zuckervlantagen in Natal sind sechs Indier getötet und 20 verletzt worden.

Gewerkschaftliches.

Scharfmachereien der sächsischen Gartenbau-Industriellen.

In der Gesamtsitzung des Landeskulturrats für das Königreich Sachsen wurde ein Antrag des diesem Landeskulturrat angehörigen Ausschusses für Gartenbau behandelt, nach dem die sächsische Regierung ersucht werden soll, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß ein Gesetz erlassen wird, wonach die Gärtner aufserhalb der Gewerbeordnung zu stellen ist. Die Sitzung stimmte dem Antrage zu, und zwar unter dem Eindruck einer Vorlesung des Generalsekretärs Dr. Schöne. Dieser hatte ausgeführt, die Bestreben der "sozialdemokratischen" Gehilfenvereine gehen dahin, zunächst die Gärtner und dann auch die landwirtschaftlichen Betriebe unter die Gewerbeordnung zu bringen, um sich diese Betriebe dadurch botmäßig zu machen; das würde aber den Nutzen dieser Betriebe herbeiführen. Der Landeskulturrat macht sich übrigens das zu eigen, was der Ausschuss für Gartenbau bereits in einer im Juni erschienenen besonderen Denkschrift dargelegt hat, die der Regierung zugestellt wurde und die auch von jenem Herrn Dr. Schöne verfaßt worden ist.

Was aber diese Denkschrift alles enthält, ist dermaßen erschauend, daß darüber sowohl der Gärtnerfachmann den Kopf schütteln muß, wie auch jeder im Rechtswesen Kundige. Das sollte aber, was die Denkschrift leistet, sind die Scharfmachereien gegen die Gerichte. Das Oberlandesgericht Dresden hat bekanntlich in mehreren Urteilen dahin entschieden, daß nach der Gewerbeordnungs-Novelle von 1908 alle Gärtnerbetriebe, die nicht bloßen Feldgartenbau treiben, als der Gewerbeordnung unterstehend anzusehen sind. Dann heißt es: "D. Albrecht, Führer der sozialdemokratischen Arbeiter, die im Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein organisiert sind, hat es tatsächlich gewagt, daß selbst ordentliche Gerichte sich seiner Auffassung nummehr zuneigen; auch das Oberlandesgericht Dresden bezieht sich fortgesetzt auf Albrecht!" — Und weiter: "Die sozialdemokratischen Führer haben ein Interesse daran, dem Gartenbau mit allen seinen eigenen zum Gewerbe gerechnet zu sehen; denn auf solche Weise ist am leichtesten Unzufriedenheit in die Reihen der Arbeitnehmer zu tragen."

Die Gewerbegerichte nimmt sich die Denkschrift noch besonders vor. Es wird ausgeführt, daß seit 1901 infolge einer Umfrage des Gehilfenverbandes viele Gewerbegerichte sich auf die Seite der Arbeiter gestellt haben. Zehob: "Es ist nicht Sache des Ausschusses für Gartenbau, zu untersuchen, warum eine große Anzahl von Gewerbegerichten gerade diesen schon damals im sozialdemokratischen Fahrwasser liegenden Vereinen so bereitwillig in seinen Bestrebungen unterliege; er möchte aber nicht unterlassen, auf die dem Gartenbau von dieser Seite drohende Gefahr hinzuweisen. "Seine Sache, hohe Staatsregierung, ist es, die Untersuchung zu führen, und den Gewerbegerichten beizubringen, daß sie im Sinne der Gartenbauindustriellen Sachsens zu urteilen haben! Ein leibhaftiger Geheimrat Hofrat, D. P. mit Namen, was es, der in der Sitzung des Landeskulturrats dieser Denkschrift seinen Segen erteilte, ein Mann mit dem Vorkort hat sie geschrieben. Ersterer ist eine amtliche Regierungsmitgliede, der andere Angestellter der beschließenden Körperschaft. Und da will man noch zweifeln, daß nur das sachliche Staatsinteresse und die unbefangene Wissenschaft zu Rate gesehen haben?"

Deutsches Reich und Ausland.

"Christliche Erfolge" für die Saarbergleute. Als die Christenführer Giesberts, Imbusch, Stegerwald und wie sie alle heißen, im vergangenen Winter den von den christlichen Vertrauensleuten beschlossenen Streik abwürfen, da wurde den Saarbergleuten gesagt, es läge keine Ursache zum Streifen mehr vor. Die Verwaltung habe Lohnerhöhungen versprochen, der neuen Arbeitsordnung seien die Gistähne ausgebrochen usw. Sie, die Streikführer, hätten einen "schönen Erfolg, einen herrlichen Sieg" für die Saarbergleute errungen. Wie dieser Sieg ausfah, bekommen die Saarbergleute jetzt gründlich zu spüren. Anstatt Lohnerhöhungen bekommen sie ganz erhebliche Lohnabzüge. Schon im dritten Quartal dieses Jahres waren die Löhne durchschnittlich um 3 Pfennig pro Schicht gefallen und immer lauter werden die Klagen über weitere Lohnkürzungen. Außerdem werden fortwährend Arbeiterentlassungen vorgenommen und zwar werden die alten, nicht mehr voll leistungsfähigen Arbeiter abgehoben. Die Christlichen jammern in einem Flugblatt: "Lohnreduktionen und Vorkommnisse sind auf den fiskalischen Gruben an der Saar an der Tagesordnung. Bergleute, die 25, 28, 30, ja selbst 34 Jahre auf der Grube gearbeitet haben, sind entlassen worden." Hinzu kommt noch, daß in der letzten Generalversammlung des Saarbrücker Knappschaftsvereins das Krankengeld für den größten Teil der Belegschaft herabgesetzt wurde, um 45, 50 und 90 Pfennig pro Tag. So wird für die deutschen Arbeiter gesorgt bis ins hohe Alter. Man muß wirklich neugierig sein, wie lange die Königstreuen, gutgesinnten Saarbergleute diesen Zuständen noch tatenlos zusehen werden.

Ein "nützliches Element". Das Düsseldorf'sche Schwurgericht hat am Donnerstag nach dreitägiger Verhandlung den "Arbeiter" Paul Fassbender aus Kordelbruch bei Wülfrath-Gladbach wegen Raubmordes zum Tode verurteilt. F. hatte am 19. Juni d. J. den Arbeiter Dorfen in ein Kornfeld gelockt, ihn dort erschossen und seiner Wertsache beraubt. Die Gerichtsverhandlung brachte einige interessante Einzelheiten über den Charakter des neunzehnjährigen Mörders. F., der einem Orte entstammt, in der das Zentrum noch unumschränkt herrscht, hatte nie Lust zum Arbeiten, sondern trieb sich mit Wädchen umher und lebte von Diebstahl. Beim Kaufe der Färberei trat im Frühjahr d. J. aber machte er den Staatsrechtler erhaltenen "Nützlichen". Er leistete dort Kaufverdienste und stand unter besonderem polizeilichen Schutz! Zu "seiner Sicherheit" trug er während dieser Zeit ständig einen Revolver bei sich; er hatte sich auch damit gebrüht, daß er jeden Streikenden, der ihm zu nahe komme, einfach niederschützen werde! Das sind die "nützlichen Elemente", zu deren "Schutz" heute die Scharfmacher aller Schattierungen nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterklasse schreiben!

Gesetzfrei in Innsbruck. Infolge Scheiterns der Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe haben die Prinzipale eine teilweise Aussperrung der Gehilfen beschlossen; 20 Prozent erhielten die Kündigung. Darauf hielten die Gehilfen eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, am Montag in allen Betrieben den Streik zu beginnen. Auch sämtliche periodischen Zeitschriften werden in Mitleidenschaft gezogen.

Zwischen Auswärtigen und Nichtorganisierten. In Spanien in Dniep in Spanien zu einem Zusammenstoß, wobei zwei Personen durch Schüsse verletzt wurden.

Der Ausbruch bei der General Electric Company in Nordamerika ist beendet. Sämtliche Arbeiter werden am Montag die Arbeit wieder aufnehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Fürtner. — Redaktion und Expedition: Postgasse 1. — Verlag: Dr. "Volkswacht", G. m. b. H. — Druck: Dr. F. F. F. G. m. b. H. — Anstalt in Berlin. — Seiten 2. Seiten.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die rechtsgeschäftliche Verantwortung.

Grosser Weihnachts-Verkauf

mit **doppelten Rabattmarken.**

In Spielwaren sind wir bei grösster Auswahl sehr billig. Zum Einkauf von Weihnachtsgeschenken besonders günstige Gelegenheit.

Bazar Ohlauertor, Klosterstrasse 109.

Vereine und Versammlungen.

Deutscher Krankenkasse der Klemperer zu Breslau.

Freitag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Zimmer 10, 1 Treppe

Außerord. Generalversammlung

- Tages-Ordnung:
1. Beschlussfassung über die vom Oberversicherungsamt abgeänderten Satzungen.
2. Genehmigung der Krankenordnung.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Ausschneiden! Achtung! Ausschneiden! Soziald. Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Im Monat Dezember werden in nachfolgenden Distrikten **Mitgliederversammlungen** abgehalten und werden die Genossen ersucht, sich die Annonce **auszuschneiden**, um unterrichtet zu sein, wann und wo sie stattfinden.

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 Uhr:
I. Distr. 12 Karlich bei Rosenberger. Redner: Gen. Srowig.
" 15 Groß-Schwanz bei Janke (früher Zappe). Redner: Genosse Winger.

Sonntag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:
I. Distr. 5 Gowitz bei Grünau. Redner: Genosse Srowig.
" 9 Groß-Wachern bei Schreier. Redner: Gen. Klose.
" 13 Woißwitz bei Gerold. Redner: Genossin Sawatsch.
" 18 Rathen bei Birne. Redner: Genosse Heiner.

Sonntag, den 7. Dezember, vorm. 9 1/2 Uhr:
I. Distr. 16 Stabelwitz b. Weiß, l. d. Hoffnung. Redner: Gen. Srowig.

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 Uhr:
I. Distr. 2 Schwowitz bei Warkus. Redner: Genosse Srowig.

Montag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr:
I. Distr. 1 Grünwald bei Loremba. Redner: Genosse Srowig.
" 10 Grabsch bei Knoll. Redner: Genosse Seibold.
" 14 Schönstraße 17 bei Glemmich. Redner: Gen. Senf.

Dienstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr:
I. Distr. 17 Deutsch-Eissa bei Folgner. Redner: Gen. Grohmann.

Sonntag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr:
I. Distr. 3 Friedewald bei Claß. Redner: Genosse Heitert.
" 4 Rosenthal bei Laqua. Redner: Genosse Srowig.
" 7 Schmidfeld bei Gngwicht. Redner: Gen. Luch.
" 10 Opperau bei Kiewitich. Redner: Genosse Klonsky.
" 21 Neumarkt bei Freudenberger. Redner: Gen. Schütz.

Sonntag, den 14. Dezember, nachm. 3 Uhr:
I. Distr. 20 Sachow bei Gise. Redner: Genosse Srowig.
" 23 Maferwitz bei Köthner. Redner: Gen. Kawroth.

Donnerstag, den 25. Dezember, (1. Weihnachtstag) nachm. 2 Uhr:
I. Distr. 19 Schosnik bei Hoffmann. Redner: Genosse Klonsky.

Sonntag, den 28. Dezember, vorm. 9 Uhr:
I. Distr. 9 Schmolz bei Laband. Redner: Genosse Luch.

Die Mitglieder werden ersucht recht zahlreich zu erscheinen
Der Vorstand.

Am 28. d. Mts. verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Bertha Schudeck

geb. Walpert
im 34. Lebensjahre.
Dies zeigen schmerzerfüllt an
Breslau, Vierturmstr. 12, den 1. Dezember 1913.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Montag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Friedhofskapelle am Pohlenowitzer Wege. 10961

Am 30. d. Mts. verschied nach langem schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Anna Rother

geb. Groner
im Alter von 34 Jahren.
Dies zeigt um stille Teilnahme bittend an
Paul Rother nebst Kindern.
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 1 1/2 Uhr, in Schmiedefeld. 10889

Am 29. November verschied unser langjähriges Mitglied

Herr Ludwig Mangelsdorf

im ehrenvollen Alter von 83 Jahren. 10890
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands. (Filiale Breslau).
Beerdigung: Dienstag, den 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Lokarubonstrasse 48 nach Salvator.

Jauer Gewerkschaftskarteil

Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr,
Sitzung im Adler.

Brig. Wahlverein.

Mittwoch, den 3. Dezbr., abends 8 Uhr.

Allgliederversammlung

bei Reichelt, Oppelnstr. 10939
Tagesordnung: 1. Was lehrt uns die letzte Stadtratswahl? 2. Staatliche und kommunale Arbeitslosenfürsorge. Ref. Gen. Th. Müller, Breslau.
Wegzugesbuch bestimmt. Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Am 29. Nov. verschied nach kurzen schweren Leiden unsere Mitarbeiterin 10940

Frau Emilie Seidel

geb. Peschert
im Alter von 64 Jahren.
Gewidmet v. den Mitarbeitern und der Firma Otto Oester.

Beerdigung: Dienstag, den 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der St. Paul-Kapelle in Cosel.

Stadt-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr:
Zweites und letztes Gastspiel
Baklanoff

10892
" Boris Godunow."
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
(Ermäßigte Preise.)
" Die Zauberflöte."

Lobe-Theater.

Montag, Anfang 7 Uhr:
"Don Carlos."
Dienstag und Mittwoch: 10898
"Die heitere Besetzung."

Thalia-Theater.

Montag:
Gamboldi-Verein. 10904
3. Abonnements-Vorstellung:
"So'n Windhund."

Schauspielhaus

(Operettenbühne.)
Montag, 8 Uhr und die folgenden Tage:
"Die Simokönigin."

Liebig's Etablissement

5ente
Montag, 1. Dezember, abds. 8 Uhr:
Première 10922
d. ausserles. Dezemb.-Programms

Viktoria-Theater.

"Puppchen"
Anf. Wocentz, 8. Sonntag, 7 1/2 Uhr:
Jeden Sonntag 3 1/2 Uhr:
Nachm.-Familien-Vorstellung.
Halbe Preise. 10916

Palmengarten

Ab 1. Dezember
Zaniek
Gute Damen-Diaborchester
(18 Personen) 10928
Zuserdem
Made in Germany
Gesangs-Ensemble.
Zum erstenmal in Breslau.
Eintritt frei.

In wöchentlich. Raten von

50 Pfg.

Goethes Werke

Vollständige in zwei
Bänden reich illustr.
Gesamtpreis nur 3 Mk.

Zu beziehen durch
Expedition und Kolportage.

10 Mk. Belohnung

suche ich demjenigen zu, der mir die betreffende Person nachhaft macht, welche die verleumdlichen Gerüchte über mich in Umlauf gebracht hat. 10954
Paul Spitzer, Hochstraße 13.

Die Beileidigung, welche ich dem Restaurateur Franz Pöpelwitzstrasse, ausgedrückt habe, nehme zurück und bitte Abbitte. 10937
J. Fiedel.

Wänder-Auktion

Altenstraße 28, 10175
Freitag, den 12. Dezember.
Verlängerung bis 16. 8. Dezember.
Donnerstag, d. 11. Dez., nachm. geschlossen.

Erfinder

Es werden dauernd gute Ideen gesucht. „Erfinder-Aufgaben“ gratis. Ausarbeitungen, sowie Patentierungen und Garantie strengster Discretion durch Patent-Büro Silesia, Breslau, Deumantienplatz 1a. Begr. 1902. [8622]

Erstklassige Schuhwaren

von der Firma Conrad Tack & Cie.,
Wag. bei Magdeburg. 10925
zu Original-Fabrikpreisen empfiehlt
Paul Schubert,
Deutsch-Eissa, Breslaustr. 25.

Damen-Filzhüte

billigst Filzmut 648
in der Fabrik
Freund & Krebs
nur Neue Graupenstr. 11, Hof.
Filzhüte werden modernisiert.

Bekanntmachung.

Durch die fortwährenden Erhöhungen der Betriebskosten sehen wir uns gezwungen, das bisher übliche Backgeld für die Gebäckerei vom 1. Dezember d. J. ab um eine Kleinigkeit zu erhöhen. Näheres wird den geehrten Hausfrauen durch Aushang in den Bäckereien bekanntgegeben werden.

Die Vereinigten Bäckermeister Breslaus.

Kindelmarkt

Pariser Garten. 10874
Eröffnung den 1. Dezember.

Jeden Dienstag ab 9 Vor.
frisches Wellfleisch, Kessel
u. Hausmacher Wurst
eig. Schlachtung
ZUM GOLDENEN HECHT

Zigarren-Spezial-Geschäft

Matthiasstrasse 107, Ecke Kreuzburgerstrasse.
Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupf-
Tabake, Pfeifen. 9341

Montag und Dienstag
„Nordsee“
in der
Geschäftsführer Feodor Trapp
Nur Schmiedebrücke 19, rechts vom Ringe aus, Fernsprecher 5290/5291,
Kaiser-Wilhelmstrasse (Bahnhofen), Fernsprecher 4223,
wieder **2 extra billige Tage.**
1 Waggon blutfrischer, extra fetter Seefische.
Nur 1. Qualität { nur Island- und
Norweger Ware.
urteilen Sie selbst.
Die Fische sind direkt aus unseren eigenen Dampfern in unseren eigenen Eisenbahnkühlwaggons verladen. 10936
Sie können also nirgends auf kürzerem Wege bedient werden.
Feinster Cabliou ohne Kopf } a Pfd. **23** Pl.
Feinster Seelachs } a Pfd. **23** Pl.
Feinster Portionsschellfisch } a Pfd. **21** Pl.
Knurrhahn } a Pfd. **21** Pl.
sogen. Seeforelle } a Pfd. **21** Pl.
Norweger Schellfisch mit Kopf 2-4 Pfd. } a Pfd. **19** Pl.
ff. Goldbursch } a Pfd. **15** Pl.
ff. Is. Schellfisch ohne Kopf } a Pfd. **37** Pl.
ganz fett und doch zart
ff. Fischkoteletten ohne Haut und Gräten, à Pfund nur 50 Pfg.
Alle anderen See- und Flussfische konkurrenzlos billig.
Ebenso alle Räucherwaren, Aale, Marinaden etc.
zu Extrapreisen.
Bitte beachten Sie die Preise in unseren Schaufenstern.

Bordbretter

lang, 5 Part. Johs. Trebnitz-Gesell.
Reichstr.-Haus, a. d. Brücke. 10941

Schultaschen

aus Rindleder, Handarbeit 4.50 Mk.
Kunstleder Markttaschen 3 Mk.
sowie Portemonnaies, Hosenträger, Handtaschen etc. empfiehlt 10944
Paul Franke, Gartenstr. 48.

Uhren
Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke 9330

Ulster

jetzt 18 Mk.
wirklich hervorragende Prachtstücke
Nach Mass wasserfest, 26 Mk. Anzug-
fabrik, Wallstrasse 17a, I. [10277]

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Christentum und Sozialismus von H. Sebel 0.10
W. Heberleher u. Prof. Gutsch, mitl.
Hjuz, b. l. v. d. Schillerstr. 23, 3. I. [10938]
In freien Stunden best 10 Pfg
Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Das freikonserervative Volk

war für Sonnabend abend zu einer öffentlichen Versammlung in die Hermanloge eingeladen worden, und 80 Mann stark hatte es sich auch eingefunden. Der Landrat Dr. Gegenfeldt aus Hoyerwerda, ein zehnfacher Millionär, der angefochten im Reichstage sitzt und über dessen Wahl der Reichstag am morgigen Dienstag erst entscheiden wird, ob sie gültig oder ungültig ist, er hielt einen Vortrag über „Demokratie und Wirtschaftsleben“, woraus zu ersehen war, wie sich im Kopfe eines preußischen Landrats die Welt malt:

Die Arbeiterverhältnisse sind immer schwieriger geworden, denn die Produktionskosten erhöhen sich fortwährend. Die Demokratie nimmt bloß, aber sie gibt nichts. Sie ist allezeit Leistungen abgeneigt. Die Sozialdemokratie wünscht, daß der Arbeiter gedrückt sei. Sie trachtet danach, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die ganze Arbeiterschaft leidet unter dem Vorgehen der Sozialdemokratie gegen die Unternehmer und die bürgerliche Gesellschaft. Die größte Schuld hat die Sozialdemokratie auf sich geladen, indem sie gegen die Militärvorlage stimmte. Nicht weniger als 80 000 Militärfähige wurden bisher nicht ausgehoben, und bei einem Kriege hätten diese jungen Leute nicht mitziehen brauchen, während die Familienväter ins Feld ziehen mußten. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit wollten die Sozialdemokraten aufrecht erhalten, und das soll ihnen nie vergessen werden, vor allem auch von den Arbeitern nicht. Nicht nur politisch hat die Sozialdemokratie einen gefährlichen Umfang angenommen, es treten dazu noch die Konsumvereine. Es ist ein Staat im Staate geworden und mit Eifer wird daran gearbeitet, daß der heutige Staat einmal als trodene Hülle abfällt und der sozialdemokratische Staat dann fertig dasteht. Wegen die Sozialdemokratie muß zum entchiedenen Angriff vorgegangen werden, und (o heilige Einfalt) alle Arbeiter müssen dabei mithelfen. Denn die Bewohner der Dörfer haben das selbe Interesse daran, daß die Grundbesitzer des Hauses gesund sind, wie die Bewohner der Städte. Die Arbeiterwilligen müssen geschützt werden. Eine Arbeitslosenversicherung darf es nicht geben. Schon durch das gegenwärtige Versicherungswesen werden den produktiven Ständen jährlich eine Million Mark entzogen; die Sozialdemokratie aber will diesen Ständen nun gar zwei Millionen Mark jährlich entziehen, zu Gunsten derer, die nichts leisten. Die Stille dürfen nicht ermüdet werden. In Deutschland ist ziemlich von allen Ländern Europas das meiste Fleisch gegeben. Auch eine Reichseinkommensteuer darf es nicht geben. Wenn sich das Reich aller Steuerquellen bemächtigt, dann müssen die Gemeinden wieder zu der alten Kopfsteuer greifen. Im Interesse des armen arbeitenden Volkes darf man sich so etwas nicht gefallen lassen.

Der Vorsitzende, Justizrat Feuter, erklärte nach dieser so verblüffend „volksfreundlichen“ Beweisführung, die Sozialdemokraten seien nicht anwesend, wenn sie aber anwesend wären, würden sie sicher anerkennen haben, daß Herr Gegenfeldt der richtige Mann für den Reichstag sei.

Und dann machten die verschiedenen Herren ihren freikonserватiven Herzen Luft. Ein Major Stenzel (hoch der Regierung die Schuld zu, daß die Sozialdemokratie so groß geworden ist. Einem Sozialdemokraten braucht bloß einmal ein Haar gekrümmt zu werden und schon gibt es Untersuchungen, um dem Manne zu seinem Rechte zu verhelfen. Der Redner klagt dann über die neuen Lagen der Dienstbotenversicherung. Es müsse nach einem Auswege gesucht werden, um diese Lasten abzuwehren. Ueber die Dienstbotenversicherung klagte auch ein Lehrer Wolter. Der Mittelstand habe so wie so schon am meisten zu leiden unter den sozialpolitischen Lasten und unter dem Druck der von der Sozialdemokratie auf ihn ausgeübt werde. Die neue Versicherung werde von den Reichern leichter getragen werden. Ueber der Mittelstand werde durch sie hart betroffen. Die ganze Dienstbotenversicherung sei vorher zum Nutzen der Dienstnehmenden, nach der Zeitgeber, sondern werde nur neue Lustrieheden schaffen. Der Redner trat dafür ein, daß man durch eine Resolution an den Bundesrat verfuere, die Gefahr abzumenden.

In dasselbe Horn blies Herr Wagner, der als letzter von dem Breslauer schwarzblauen Dreigestirn noch im Landtage sitzt. Er sprach von 700 000 Mark werden die Krankenkassen durch die Dienstbotenversicherung mehr einnehmen.

Die beste Leistung aber vollbrachte der Oberlandesgerichtsrat Reumann. In seiner 40jährigen Praxis ist ihm noch kein Fall von nicht genügender Fürsorge für die Dienstboten begegnet. Er fordere raschen Ausbau der preußischen Gefährdungsordnung, um deren Grundlage Einrichtungen zu schaffen, die von den Verwaltungsbehörden als der Versicherung gleichwertig zu erachten wären. Wochengelder für Schwangere und Sterbegelder, wie sie die Reichsversicherungsordnung auch für Dienstboten vorseht, sind Hirngespinnste, die durch ein preußisches Gesetz noch bestätigt werden können, wenn es innerhalb der ersten sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes geschieht.

Noch eine besondere Nummer trat auf, ein national-liberaler „Arbeiter“ aus dem Westen, der herber gekommen ist, um gelbe Werkzeuge ins Leben zu rufen. Diese Enthüllung rührte wohl fast alle 160 Hände der 80 Mann starken Versammlung zum Weisfall. Der Redner war entsetzt, daß die freikonserватiven Herren vom sozialdemokratischen Altruismus befreit wird. Dieser Arbeiterführer weiß noch Rat, wie die Kapitalisten um die Arbeitslosenversicherung herumkommen können. Im Rheinlande werden noch 10 bis 20 000 Arbeiter gelacht. Auch ist die Lot unter den Arbeitslosen nicht so groß, wie es die Sozialdemokratie darstellt, denn bei der Arbeitslosenversammlung im Gewerkschaftshause ist noch Bier getrunken worden, obwohl kein Zutrittswort bestand. Daß die Steuerpolitik der Sozialdemokratie verfehlt ist, läßt sich den Arbeitern gegenüber leicht beweisen. Man braucht sie doch nur zu fragen, ob sie die diesen Steuern, die sie heute zahlen müssen, lieber in bar zahlen wollten. Da wird man sofort hören, daß auch den Arbeitern die indirekten Steuern lieber sind.

Schließlich fing ein junger Reichstagskandidat an, der Partei und der Regierung zu sagen, wie er sich eine erfolgreiche Bekämpfung der Sozialdemokratie vorstellt. Diesen Geisteskranken vermochten wir nun wirklich nicht mehr anzuhören, weshalb wir schleunigst den Saal verließen.

Das ausländische Fleisch.

In vier Monaten laufen die gesetzlichen Erleichterungen für die Einfuhr ausländischen Fleisches ab, wenn nicht Reichstag und Bundesrat für ihre rechtzeitige Erneuerung sorgen. Da ist es begreiflich, daß die Sperrpolitiker alle Hebel in Bewegung setzen, um die Meise Lücke in der allgemeinen Zollbarriere wieder zu schließen und die einheimischen Verbraucher rettungslos der Preisbilligkeit der nationalen Produzenten auszuliefern. So hat auch die „Voss. Zig.“ eine Zuschrift veröffentlicht, in der der Wert des ausländischen Fleisches bestritten, eine Einwirkung der Einfuhr auf die Preisgestaltung in Abrede gestellt wird. Angleich veröffentlicht aber auch dasselbe Blatt zwei von kompetenter Seite, nämlich von der städtischen Verwaltung Berlin und dem Berliner städtischen Oberbürger Dr. Glaman — herrührende Erklärungen, die die Sache in einem wesentlich anderen Lichte darstellen.

Dr. Glaman bestritt auf das Entschiedenste, daß das Berliner russische Fleisch von schlecht gewachsenem und schlecht gefüttertem Vieh kommt, und erklärt, es sei durchgehend von guter, mittlerer Qualität. Noch interessanter ist die Darstellung der städtischen Verwaltung. Sie weist

zunächst darauf hin, daß die Einstellung des Fleischvertriebes durch die Konsumvereine lediglich auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die Konsumvereine nicht an Nichtmitgliedern verkaufen dürfen, wenn sie nicht für jedes neue Mitglied 10 Mark Stempel bezahlen wollen. Es ist also nur die genossenschaftsfeindliche Schikane, die die Konsumvereine hindert, an der Arbeit zur Bekämpfung der Fleischnot teilzunehmen. Weiter wird auf die Tatsache verwiesen, daß außer in Berlin auch in 58 anderen Städten ausländisches Fleisch eingeführt worden ist, mit dem Erfolg, daß die Preise wenigstens nicht weiterstiegen. Zumeist seien die Preise sogar recht erheblich zurückgegangen und zwar um 25 Pfennig das Pfund, allerdings nur in der Nähe der Markthallen und den übrigen Verkaufsstellen, an denen ausländisches Fleisch feilgeboten wurde. Sofort nach Einstellung der Zufuhr — in der Sommerpause — gingen die Preise wieder in die Höhe, bei Wiederbeginn des städtischen Fleischverkaufs im Herbst sind sie aber wieder gefallen. Und während von April und Juni zwar die Engpreise fielen, sind doch die Detailpreise um kleinen Pfennig heruntergegangen. In der städtischen Verwaltung nimmt man an, daß nach vorläufiger Berechnung die Ersparnis der Bevölkerung durch die russische Fleischzufuhr 5 Pf. pro Pfund betrage, das macht bei dem Berliner Jahresbedarf von 228 Millionen Kilogramm ein Gesamterparnis von 22 800 000 Mk. im Jahr.

„Das ist doch immerhin auch etwas!“ bemerkt die Zuschrift der städtischen Verwaltung. Und man kann ihr nur beipflichten. Denn 22,8 Millionen für die Gesamtbevölkerung sind für die fünfköpfige Familie etwa 40 Mk. In Arbeiterfamilien, in denen wenig Fleisch gegessen wird, mag sich der Betrag ja wesentlich niedriger stellen. Aber, wenn man annimmt, daß die Kosten der Fleischbeschaffung für die Familie durch Aufhöhen der geltenden Erleichterungen nur um 30 Mk. erhöht werden, so ist auch das schon eine ganz infame Steuer, die der verbrauchenden Masse zugunsten der einheimischen Produzenten und des Zwischenhandels auferlegt werden soll.

Die derzeit geltenden Bestimmungen bleiben hinter den Forderungen der Sozialdemokratie weit zurück. Sie auszubauen und zu erweitern, nachdem sie sich in ihrer engen Begrenzung bereits bewährt haben, müßte die Aufgabe jeder Regierung sein, die um die Ernährung des Volkes ernstlich besorgt ist. Die Verlängerung ihrer Gültigkeit über den 1. April 1914 hinaus ist das Allermindeste, was verlangt werden muß!

Spielzeug und Christbaumschmuck.

„Münchberger Land geht durchs ganze Land“ hieß es ehemals, als die süddeutschen Kaufleute noch mit Ross und Wagen zur Leipziger Messe zogen und dort u. a. auch die Spielwaren feilhielten, die sie unterwegs in Franken oder auf dem Thüringer Wald aufgekauft hatten. Der reisende Kaufmann der vielfach noch zu seinem persönlichen Schutz von bewaffneten Reitern begleitet war, ist heute von der Landstraße verschwunden. Er fährt im bequemen D-Busabteil oder im Schlafwagen zur Leipziger Messe. Er führt nicht mehr die gesamte Handelsware bei sich. Ein paar Koffer mit den neuesten Mustern und Modellen genügen vollkommen. Heute werden auf der Messe nicht mehr die bereits fertigen Spielwaren verkauft, es werden noch den vorgelegten Mustern Bestimmungen ausgegeben. Ein großer Vorzug für die Fabrikanten und Käufer! Dadurch erst ist es möglich geworden die Herstellung dem Geschmack des Kleinen aber zahlreichen Publikums anzupassen.

Die Umsätze am deutschen Spielzeugmarkt haben jetzt einen Wert von mehreren hundert Millionen Mark jährlich. Kaufen doch allein das Ausland für etwa 100 Millionen Mark Spielzeug und Christbaumschmuck in Deutschland. Die Hauptstütze der Herstellung von Spielwaren sind zwar immer noch die sächsischen und thüringischen Walddörfer, in denen die Heimarbeit vorherrscht. Ein großer Teil der Produktion ist jedoch bereits in industriellen Großbetrieben zusammengefaßt. Ueber den Absatz von Spielwaren und Christbaumschmuck im Inlande lassen sich natürlich nur Schätzungen, aber keine präzisen statistischen Angaben aufstellen. Der Absatz im Auslande wird jedoch von der deutschen Außenhandelsstatistik auf Heller und Pfennig vorgerechnet. In den Jahren 1908 bis 1912 entwickelte sich die Ausfuhr wie folgt:

| | 1908 | 1909 | 1910 | 1911 | 1912 |
|------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Menge in Tonnen . . . | 37 918 | 42 676 | 48 346 | 50 344 | 52 468 |
| Wert in Millionen Mark | 66,79 | 76,07 | 86,28 | 90,59 | 92,27 |

In den Jahren 1911 und 1912 verteilte sich die Gesamtanzufuhr auf die wichtigsten Abgabebiete:

| | Menge in Tonnen | Wert in Millionen Mark |
|------------------------------|-----------------|------------------------|
| Ver. Staaten von Amerika | 18 194 | 29,15 |
| Großbritannien | 12 157 | 21,06 |
| Frankreich | 2 235 | 5,93 |
| Oesterreich-Ungarn | 1 701 | 3,67 |
| Belgien | 1 634 | 1,92 |
| Niederlande | 1 635 | 2,83 |
| Austral. Bund | 1 362 | 2,17 |
| Schweiz | 1 048 | 2,18 |

In den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres wurden bereits 46 048 Tonnen Spielzeug und Christbaumschmuck im Werte von 83,23 Millionen Mark ins Ausland geschickt. Die vorjährige Ausfuhr in der entsprechenden Zeit betrug 42 002 Tonnen im Werte von 72,15 Millionen Mark. Diese Zahlen beweisen, daß der deutsche Spielzeug- und Zinnhandel ihre mühsam erkämpfte Stellung auf dem Weltmarkt immer mehr befestigen und erweitern.

Die Anträge auf Erteilung von Gewerbelegitimationen für das Jahr 1914 können schon jetzt gestellt werden. In Breslau wohnende Reisende überreichen der schriftlichen Antrag ihres Geschäftsführers dem zuständigen Polizeirevier, während für auswärtige wohnende Reisende die Anträge von den Geschäftsführern beim Polizeipräsidium schriftlich zu stellen sind. Es empfiehlt sich, für jeden einzelnen Reisenden einen besonderen schriftlichen Antrag vorzulegen.

Der frühere Stadtrat, Stadtältester, Geh. Sanitätstrot Dr. Philipp Steuer in Breslau ist am Sonntag nach längerem Leiden im Alter von 77 Jahren gestorben.

Zwei Opferbräute versuchte ein Spießhuhn am Sonntag in der Kaiserstraße zu erlösen; er ist aber verfehlt worden.

Die Verzweiflungstat des Schymanns.

Eine Familie von vier Köpfen hat, wie bereits gemeldet am Sonnabend früh durch Mord und Selbstmord ein schreckliches Ende gefunden. Von Verzweiflung gepackt über ein angeblich unheilbares Fieber, griff der Schymann Wolski zum Revolver, erschoss seine Frau und seine zwei Kinder und erhängte sich dann. Es werden darüber folgende Einzelheiten berichtet:

Sonnabend Vormittag gegen 5 Uhr wurden aus der Wohnung des Schymanns Wolski, Mollwitzerstraße 13, Schymann und Giffelgasse gehört. Bei der Öffnung der Wohnung fand man Wolski in der Tür zwischen Küche und Wohnzimmer mit einer tiefen Schnittwunde am Halse erhängt vor. Im Schymannzimmer lagen seine Frau, sein fünfjähriger Sohn und seine elfjährige Tochter auf dem Fußboden. Die Frau hatte eine tiefe Schnittwunde an der Kehle und eine Kopfverletzung, die Wunden einer Art herrührend, während der Sohn eine Schnittwunde in der Herzgegend, die Tochter eine tiefe Schnittwunde am Halse aufwies. Sämtliche Opfer gaben kein Lebenszeichen mehr von sich. An Waffen wurden ein Revolver, Eigentum Wolski, aus dem vier Schüsse abgefeuert waren und der davon neuem geladen war, und eine Art vorgefunden. Es mit Sicherheit anzunehmen, daß Wolski, der in ständlicher Arbeit lebte und nicht von Sorgen häuslicher Art geplagt war, auch ein tüchtiger Beamter war, dem alle seine Vorgesetzten die besten Zeugnisse ausstellten, die Tat in geistiger Umnachtung ausgeführt hat. Wolski hatte im vorigen Jahre an einer Augenentzündung und später an einer hartnäckigen Hautkrankheit gelitten. Seitdem hatte er die Wahnsinn, daß er an einer unheilbaren Krankheit leide und nicht mehr gesund werden könne. Schon am 3. November hatte er sich auf der Wache mit seinem Revolver erschossen wollen, war aber von seinen Kameraden davon abgehalten worden.

Weiter wird geschrieben: Wolski ist anscheinend von seinen Wohnverhältnissen fürchtbar gequält worden und soll die Verzweiflungstat nachts um 11 Uhr in der letzten Nacht vorzunehmen die Nachbarn in der fünften Morgenstunde durch die Schüsse der Ehefrau und ihrer Tochter. Besonders diese, die ein Liebling ihres Vaters war, hat laut „Vater, Vater!“ gerufen. Dann hörte man die heftigen Tritte des Mannes, der barfuß in den Zimmern umherlief. Die Revolverschüsse waren ganz kurz erschallt. Wohllich bemerkte man Licht in der Küche und hörte den Mann dort herumlaufen; auch hier wurde sofort still. Neben der Wolkschen Wohnung befindet sich die Wohnung eines Polizeiwachmanns und einen Stuhl wohnt auch ein Schymann; aber diese Beamten hatten Nachricht, und die Frauen und anderen Familienmitglieder wußten nicht, in die Wohnung Wolski einzubringen. Die beiden Leichen lagen Sonnabend bis zur vierten Nachmittagsstunde unbesorgt in der Wohnung; dann wurden sie eingeschickt und die Leiche des Bernhardinrichthofes in Schwiz gebracht.

Sonnabend, gegen 6 Uhr abends, wurden die Leichen die Kapelle des Bernhardinrichthofes in Schwiz eingeschickt, dort werden sie Dienstag vormittag um 11 Uhr beerdigt.

Ueber die Oberflößfahrt

in der Woche vom 23. bis 29. November schreibt der hiesige Schiffsfahrverein u. a.:

Der Wasserstand während der Berichtwoche war wechselnd. Auf der oberen Oder wickelt sich der Verkehr glatt ab, nur auf Breslauer Umgehungsstrecken haben die bekannten Störungen aufgehoben; in der Richtung zu Tal liegen noch zirka 100 Fahrzeuge im Range, die hienächst bis Montag gelassen werden, sofern der Schiffsbetrieb seitens der Behörde am morgigen Sonntag aufrechterhalten wird. Der Rang an den Züscherberger Schleusen hat die ganze Woche angehalten und beträgt auch jetzt noch zirka zwei Tage.

Der Kohlenumschlag in Cösel-Hafen war diese Woche geringer, insoweit waren die Kippen nur während der Tagesstunden im Betriebe. Dagegen ist der Umschlagverkehr von Köhln zum Waggon immer noch sehr bedeutend. Obgleich an den frühen Tag und Nacht gearbeitet wurde, gelang es nicht die wartenden Kähne aufzuarbeiten. Zurzeit liegen noch etwa 110 beladene Kähne, die auf Entladung warten, jedoch immer noch mit einem Entladungsrang von zirka drei Tagen zu rechnen ist.

Laut Bekanntmachung der Oberstrombauverwaltung vom 22. Dezember mit dem Niederlegen der Wehre auf der oberen Oder vorzugehen werden. Die Frachttaten zu Tal für Köhln und Gütler beschleunigen sich ungefähr auf der hundertfachen Rate. Der Verkehr zu Berg ist auf Geschwindigkeit nicht zu rechnen. Dagegen ist das Ladungsangebot in Hamburg nach der Oder sehr schwach, die Kähnenflotten um damit die Frachttage sind daher weiter zurückgewichen.

Ein Dienstmädchen vergiftet. Ein Garweistraße 2 i Stellung befindliches 19 Jahre altes Dienstmädchen wurde am Sonntag abend von der heimkehrenden Dienstin in der Küche liegend tot aufgefunden. Die Gasbühnen standen offen und das Zimmer war voll Gas. Man rief sofort die Samariter der Feuerwehr herbei, die Wiederbelebungsbemühungen mit dem Sauerstoffapparat anstellten; aber sie waren erfolglos. Schmerzlich hat das Mädchen in den Tod getrieben.

Einbrüche. Auf der Brockenstraße sind aus einer Stalle sieben Hühner und ein Kaninchen gestohlen worden. Ueber die Diebstahl wurden ebenfalls aus einem erbrochenen Stall einige Kaninchen und Hühner gestohlen.

Zusammenstoß. Auf der Matthiasstraße stieß am Freitag ein Straßenbahnzug mit einem Kollwagen zusammen. Der Unfall war so heftig, daß am Motorwagen der Vorderteil ein gedrückt und eine Messingstange losgebrochen wurde.

Kindertöter. Zwischen den Bahngleisen der Eisenbahnstrecke Liegnitz-Breslau ist am Sonnabend die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden worden. Der Breslauer Kriminalpolizei gelang es, zu ermitteln, daß als Mutter eine eilfertig Arbeiterin in Frage kam, die inzwischen im Allerheiligenshospitale eingeliefert worden war. Sie schenkte in einem Wagenabteil während der Fahrt einem Kinde das Leben und warf es bald nach der Geburt durch die Abortanlage auf die Bahngleise. Das Kind nach der Geburt gelebt hatte oder nicht, wird erst die gerichtsarztliche Leichenöffnung ergeben.

Kollisionsfall. Von einem Kollwagen wurde in dieser Tagen ein Ballen gestohlen, der drei Rollen buntgefärbten baumwollenen Züchenstoff, im ganzen 217 Meter enthielt. Der Geschädigte hat auf die Wiedererlangung des Stoffes eine höhere Belohnung ausgesetzt. Angaben zur Ermittlung des Diebes oder über den Verbleib der gestohlenen Ware werden nach Zimmer 56 des Polizeipräsidiums erbeten.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

| Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand |
|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 1.12.12 | 2.12.12 | 3.12.12 | 4.12.12 | 5.12.12 | 6.12.12 | 7.12.12 | 8.12.12 | 9.12.12 | 10.12.12 |
| 1.12.12 | 2.12.12 | 3.12.12 | 4.12.12 | 5.12.12 | 6.12.12 | 7.12.12 | 8.12.12 | 9.12.12 | 10.12.12 |
| 1.12.12 | 2.12.12 | 3.12.12 | 4.12.12 | 5.12.12 | 6.12.12 | 7.12.12 | 8.12.12 | 9.12.12 | 10.12.12 |

Deutscher Reichstag.

178. Sitzung. Sonnabend, den 29. November, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Visco. Kühn.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Rechnungen.
Bei der ersten Beratung der Bemerkungen des Rechnungshofes zu der allgemeinen Rechnung über den Etat von 1909 kritisiert

Abg. Noke (Soz.): Die zu langsame Erledigung der Reichshaushaltsrechnungen, wodurch das wichtige Kontrollrecht des Reichstags geradezu aufgehoben wird. Es sei ganz ungenügend, von Etatsüberprüfungen erst nach 4-5 Jahren Kenntnis zu erhalten.

Abg. Erzberger (Ztr.) schließt sich dem Vorredner an, und fragt nach dem Schicksal des bereits seit 14 Jahren versprochenen Etatsbewirtschaftungsgesetzes.

Schatzsekretär Kühn verspricht schnellste Erledigung des Etatsbewirtschaftungsgesetzes.

Die Vorlage geht an die Rechnungscommission.

Zur Anleihebedarfsrechnung bemerkt

Abg. Bernheim (Soz.), daß Angaben über die Einwirkung der weltpolitischen Verhältnisse der letzten Monate aus unserer Anleihebedarfsrechnung zu vermissen sind.

Es folgt die Weiterberatung des Gesetzes gegen den

Haustierhandel und die Wanderlager.

Abg. Stolte (Soz.): Wir werden uns gegen die beabsichtigte mehrfache Einschränkung des Haustierhandels, auf dem manche wichtige Industriezweige, wie z. B. die Leinwandweberei in der Oberlausitz und im Riesengebirge, die Spielwarenherstellung im oberen Erzgebirge, und das Glaswarengewerbe in Thüringen angewiesen ist. Wie kann man die Haustierhandelsbeschränkung als unethische Leute und Betrüger hinstellen? Der Kruppprozess hat bewiesen, daß der Staat von sehr großen Leuten betrogen wird, und ebenso der Essener Dammwerkesprozess vor einem Jahr, bei dem sich ergab, daß Gegenstände, die die Eisenbahnbehörde nicht abgenommen hatte, durch falsche Stempel doch zur Abnahme gebracht wurden, wodurch Eisenbahnstücke hätten verschleudert werden können. Diese Dinge aber geben der Regierung keinen Anlaß neue Gesetze vorzuschlagen. Man behauptet, daß der Haustierhandel die Schuld an der Epidemie verleihe. Nun, dann möge die Regierung gegen den Verleger einschreiten. Die Sozialdemokratie führt seit Jahren den schärfsten Kampf gegen die Schundliteratur. Für die Landesbesitzung ist der Haustierhandel eine große Bequemlichkeit, weil die Leute nicht erst in die Stadt einkaufen müssen, und insbesondere der Haustierhandel mit Blumenjamen, der nun verboten werden soll, dem die weitverbreitete Blumenzucht in Sachsen-Altenburg mitzuverdanken ist. — Man hat verschiedene Bestimmungen des geheimeren Kurpfuschereigesetzes hier wieder vorgeschlagen, man will durch Erweiterung des in gewissem Umfang bereits bestehenden Verbots des Verkehrs von empfangnisverhütenden Mitteln den Geburtenrückgang aufhalten, an dem Graf Carmer auch der Sozialdemokratie Schuld gab. Sorgen Sie dafür, daß nicht die Lebensmittel immerfort verteuert werden, daß nicht die Arbeitslosigkeit immer wieder über Hunderttausende hereinbricht — dann wird die Geburtenzahl steigen, so aber ist ihr Rückgang die natürliche Folge der Massenarmut und bis zu einem gewissen Grade auch der steigenden Kultur. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich verweise noch darauf, daß in der Zeit einer schlechten Konjunktur und eines zurückgehenden Exports die Hebung des Absatzes auf dem inneren Markt von größter Wichtigkeit ist, dafür aber ist der Haustierhandel, der bis in die letzte Pille kommt, von großer Wichtigkeit. Wir werden deshalb gegen dieses Gesetz stimmen, das nicht im Interesse des Gewerbes liegt, und werden uns in der Kommission bemühen, es wenigstens milder zu verbessern. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Pauli-Cochem (Zentr.): Der Entwurf geht nicht weit genug. Wir wollen nicht den reellen Händler und selbst nicht denjenigen treffen, der nur haustiert, um zu betteln, aber die Auswüchse müssen getroffen werden. In dieser Hinsicht ist Österreich vorbildlich.

Abg. Arnstadt (Kons.): Der Haustierhandel ist vielfach berechtigt, man muß nur die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen.

Abg. König (Soz.): Die Parteigenossen des Vorredners haben beantragt, das Mindestalter zur Weiterbildung des Haustier-

handels auf 45 Jahre heraufzusetzen, was eine menschenliche Beschränkung des Haustiergewerbes bedeutet. Ueberhaupt will man das Wandergewerbe beseitigen und im preussischen Abgeordnetenhaus hat man ja sogar die Wandergewerbetreibenden insgesamt als Spitzbuben hingestellt. Die Kontrolle der Haustiergewerbe als unethisches Gewerbe bezeichnet, indem er sagte, wenn man einen Haustierfänger, habe man schon genug. Das ist eine unqualifizierbare Anpöbelung der Haustierer, gegen die man nur aus Konkurrenzneugier vorgehe, soviel es vielfach verunglückte Arbeiter sind, die einen Nebenwerb suchen. Bei Gelegenheit der Handelsverträge sollten auch die deutschen Haustierer im Auslande geschützt werden. Die Zahl der Wandergewerbetreibenden nimmt ab, die preussischen Haustierer zählen 3 1/2 Millionen Steuern, und das ist nun der Lohn dafür. Mit Recht verlangen die Haustierer Schutz durch die Reichsgewerbeordnung. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Hilfer (Zentr.) verlangt das generelle Verbot der Wanderlager.

Abg. Dr. Vöttinger (Natl.) bestreitet, von Betrügern gesprochen zu haben, er habe nur von den nicht wegzuleugnenden zweifelhaften Elementen gesprochen.

Abg. Dr. Werner-Giepen (Natl.): Es ist falsch, daß die Sozialpolitik am Geburtenrückgang schuld sei. Wird denn im Zukunftsstaat der Kohl billiger sein? (Buraß v. d. Soz.: Ihre Kohl ja! Weiterkeit.) Die Sozialdemokraten, die doch den Wirtschaftshandel sonst immer verurteilen, bestreiten jetzt, daß die Haustierer eine Landplage seien. Dies wird aber von der freisinnig-sozialdemokratisch verwalteten Stadt Offenbach selbst in Bezug auf die galizischen und russisch-jüdischen Haustierer bestritten.

Abg. Hilfer-Dammover (Soz.): Um dem Mittelstand zu helfen, will man einen Teil des Mittelstandes, nämlich die Haustierer, verschwinden lassen. Es ist doch unerhört, sie durchgängig als unethische Leute hinzustellen. Am Geburtenrückgang sind die schlechten sozialen Verhältnisse schuld, nicht zum mindesten die elenden Wohnungsverhältnisse. Die sozialistische Gesellschaft, die ja ganz sicherlich die kapitalistische ablösen wird, wird recht viele Hände zu nützlicher Arbeit gebrauchen. Soweit wirklich Mißstände im Haustiergewerbe vorhanden sind, reichen die bestehenden Gesetze zu ihrer Bekämpfung vollkommen aus. (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Hilfer (Zentr.): Bei einem völligen Verbot des Haustierhandels und der Wanderlager würde der Kunst- und Antiquitätenhandel schwer leiden. Die Auswüchse des Haustierhandels müssen natürlich beseitigt werden.

Abg. Stolte (Soz.) polemisiert gegen einige Äußerungen des Abg. Werner. Wenn die Wanderbesitzer das Brot nicht verlieren, würden die Agrarier sie als zwecklos von selbst fallen lassen. (Zehr wahr! v. d. Soz.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Das Haus verlegt sich auf Montag 2 Uhr. (Kleine Vorlagen, Petitionen.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Dritter „deutscher“ Arbeiterkongress.

Berlin, 30. November 1913.

Die auf christlich-nationalen Boden stehenden Arbeitervereine trafen im Lehrervereinshaus zu dem dritten deutschen Arbeiterkongress zusammen. Zum ersten Verhandlungstage waren als Vertreter des Reichstagslanglers der Geh. Ober-Regierungsrat Sieffert, als Vertreter des preussischen Handelsministers der Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Neumann erschienen, weiter bemerkte man zahlreiche Parlamentarier, so von den Konservativen die Abgeordneten Graf Carmer-Fischer, v. Arnim, v. Graefe und v. Radowitz; von der Reichspartei den Abgeordneten Warmuth und den früheren Abgeordneten Ling; vom Zentrum die Abgeordneten Spahn, Marx, Sittard, Veit, Giesberts, Jol, Imbusch, Tröndel, Trimborn, Pieper, Herold, Cohnmann, Kederer, Pfeifer, Christant und Preuß; von der Wirtschaftlichen Vereinigung die Abgeordneten Behrens und Wilmann; von den Nationalliberalen die Abgeordneten Bassermann, Vöttinger, Luard und Wener (Herford). Ferner war auch der Abgeordnete Graf Robadowitz-Wehner anwesend. Weiter war die Gesellschaft für Sozialreform durch den Staatsminister Jecher, v. Vereloff vertreten.

Der Vorsitzende, Abgeordnete Behrens, eröffnet den Kongress mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführt, daß sich in dem deutschen Arbeiterkongress die interkonfessionellen, wirtschaftlichen und konfessionellen sozialen Standesvereinigungen der christlichen

und nationalen Arbeiter und Angeestellten zusammengefaßt haben zum Zwecke der Abgrenzung ihres Gesamtwillens. Es liegt kein auf dem Kongress über 400 Vertreter, die annähernd 1 1/2 Millionen Mitglieder vertreten, erdienen; noch Abg. der Doppelzählungen sind auf dem Kongress etwa 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angeestellte vertreten. Das deutsche Volk hat während der 25-jährigen Regierungszeit des Kaisers in nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung einen erfreulichen Aufschwung genommen, an der auch die Arbeiter und Angeestellten einen guten Anteil haben. So wenig die Entwidlung still steht, so wenig darf die Sozialreform zum Stillstand kommen (Zehr richtig!). Die heftige Sozialarbeit der Standesvereinigungen ist eine nationale Notwendigkeit, auf die im vaterländischen Interesse nicht verzichtet werden kann (Bravo!). Die Sicherung der Koalitionsfreiheit und des

Rechts der Arbeiter und Angeestellten

ist bis zur Stunde noch nicht völlig erreicht. Diese Forderung muß deshalb erneut unterbreitet werden, weil nicht zu unterschätzende Segner in anderen Ständen sich selbst dagegen wenden. (Zehr Zustimmung.) Gelegentlicher Mißbrauch des Vereinsgesetzes durch zu politischen Zwecken durch die Sozialdemokratie darf nicht der Vorwand sein, um die Lebensbedingungen einer arbeitenden Standesbewegung der christlich und wahrhaft national arbeitenden Arbeiter und Angeestellten zu unterbinden (Zustimmung der christlichen Stände). Die gesteigerten Lebensverhältnisse, die sich zeitweise zu wahren Rottungen für die Massen auswachsen, sowie die steigende Bevölkerungsziffer stellen die Forderung einer ausreichenden Lebensmittelförderung in den Vordergrund des öffentlichen Interesses (Zehr richtig!). Das sogenannte „Krisis der schaffenden Stände“, welches geographische, Landwirtschaft und Mittelstand zusammenfaßt ist gut, aber unvollständig, solange nicht die Arbeiterfrage am gleichen Tische liegt.

Die Bemühungen der Kongressmitglieder, dem Arbeiterstande eine in dem Boden christlicher und nationaler Lebensauffassung fest verankerte, aufrechte, unabhängige Standesbewegung zu schaffen, ist durch die von kurzlichige Unternehmungen der sozialistischen organisierte Zerstückelung der nationalen Arbeiterbewegung durch die sogenannten Gelben erreicht worden. Gegenüber den revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie kann man nur Kampf und keine Halbheit. Der Redner schließt mit einem Kaiserhoch.

Es gelangte dann ein längeres Telegramm an den Kaiser zur Abendung, in dem die Teilnehmer des Kongresses unwandelbare Treue und monarchische Gesinnung versichern und es als ihre bedeutungsvollste Aufgabe bezeichnen, an der Förderung und Erhaltung treuer deutscher Gesinnung und nationalen Bewusstseins mitzuarbeiten.

Darauf folgten eine große Reihe von Begrüßungsansprachen. — Für die konservativen vereinigten Abgeordneten Graf Carmer und Ziehlwitz, daß sich seine Parteigenossen stets das Wohl der Arbeiter haben angelegen sein lassen (!) und dies auch in Zukunft zu werden. — Der frühere reichsparteiliche Abgeordnete Ling brückte seine besondere Freude darüber aus, daß die auf diesem Kongress vertretenen Arbeiter einen scharfen Trennungsschnitt gegen die Sozialdemokratie gezogen haben. — Abg. Wimmer (Natl.) ist der Ansicht, hier ein Aequivalenz vor sich zu sehen, in welchem Evangelium und Matheseis friedlich nebeneinander und zusammen arbeiten. — Abg. Spahn (Zentrum) mit Beifall begrüßt, betont, daß das Zentrum Recht und Gerechtigkeit für alle Stände wahren lasse. Insbesondere für die christlich-nationalen Arbeiterfrage. — Abg. Vöttinger (Natl.) hebt hervor, daß die gegenwärtigen Zustände des Reichs und der Unzufriedenheit nur durch Gottvertrauen beseitigt werden könnten. Die Nationalliberalen traten für eine gerechten Ausgleich für alle Stände ein. — Abg. Graf Robadowitz v. Wehner ist der Ansicht, daß die vaterländische Sozialdemokratie auf die Dauer bestehen kann. Wirksam kann sie aber nur durch Ehrlichkeit und viel Geduld bekämpft werden. Diese Geduld haben die christlich-nationalen Arbeiter. Wenn die nationalen Gewerkschaften nicht schon beständen, so müßten sie wohl begründet werden. — Für v. Vereloff begrüßt im Namen der Gesellschaft für Sozialreform, Abg. Fischer im Namen des Volksvereins für das katholische Deutschland. — Nach weiteren Begrüßungsansprachen erkrankte der Vorsitzende Abgeordnete Behrens den Bericht des Ausschusses. Der Ausschuss habe, so führt der Redner aus, die anfängliche des Marzoffenfalls von Sozialdemokratie her Seite beständige Agitation für den westlichen Kaiserreich im Falle kriegerischer Verwicklung zurückgewiesen. Auf dem Gebiete der Volkerversicherung habe der Verband sich durch Mitwirkung bei der Gründung der Deutschen Volkerversicherungs-V. G. beteiligt; bei

Aus aller Welt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Auf Zeebe „Amalie“ bei Wernitz drei Bergleute in einen Schacht und fanden den Tod. — Auf dem Mühlheimer Zornwerk explodierte vorzeitig ein Sprengschuß. Zwei Arbeiter wurden tödlich verletzt.

Eisenbahnkatastrophe.

7 Tote — 20 Verletzte.

Auf dem Bahnhof Ceccano (Provinz Rom) rief am Sonnabend abend infolge falscher Weichenstellung der Schnellzug Rom-Neapel mit einem Güterzug zusammen. Sechs Reisende dritter Klasse und der Weichensteller wurden getötet, ungefähr zwanzig Personen verwundet.

Nach einer späteren Meldung wurden von dem sogenannten Parlamentarierzug der Lender, der Gepäckwagen und der Wagen erster Klasse zertrümmert. Die Kahlblütigkeit des Lokomotivführers verhinderte ein größeres Unglück. Es wurden fünf Tote und zwanzig Verletzte gezählt, unter denen sich einige sehr Schwerverletzte befinden. In dem Eisenbahnzuge befanden sich 50 sibiitalienische Abgeordnete, die sämtlich unverletzt geblieben sind.

Berhängnisvoller Bühneneinführung.

Während der Hauptprobe zu einer Operette in Maria Theresienopel (Ungarn) wurde eine Laube, in der sich die Hauptdarsteller befanden, in den Vordergrund geschoben, als plötzlich die Bühne einbrach. Sämtliche Darsteller stürzten 10 Meter in die Tiefe. Die Frau des Direktors, zwei Schauspieler und zwei Schauspielerinnen, erlitten schwere Verletzungen.

Noch ein schwerer Bühnenunfall. Im Gasttheater zu Dresden ereignete sich am Sonnabend abend während der Vorstellung „Der arme Teufel“ ein schwerer Unfall. Als sich der Vorhang zum letzten Male erhob, und Frau Weibtreu als Prinzessin Brüll einen kurzen Prolog sprach, stürzte plötzlich vom Schuttboden herab durch das Dach der Hütte der Weibtreu ein Bühnenarbeiter und blieb leblos am Boden liegen. Die Decke war durch den Sturz in Fugen gerissen und hing auf die Bühne herab. Frau Weibtreu verfiel in Krämpfe. Der Vorhang wurde im Nu heruntergelassen. Die Vorstellung mußte unterbrochen werden.

Viele Leute im Park verließen das Theater. Endlich gab man bekannt, daß sich Frau Weibtreu von ihren Krampfanfällen erholt habe (vom Schicksal des Arbeiters kein Wort?) und die Vorstellung ihren Fortgang nehmen könne.

Wäre es nicht pietätvoller gewesen, die Vorstellung abzubrechen? Aber es war ja nur ein Arbeiter, der den Tod erlitt.

Der Panamalanal. In dem Cucapacha-Erdrutsch ist eine neue Bewegung eingetreten. Der kürzlich erfolgte Durchbruch durch den Erdrutsch ist wieder nahezu ganz verschüttet worden.

Die 300.000-Mark-Preise. In der vierten Verwaltungs-ausschussung des Kuratoriums der Nationalflugpende wurde beschlossen, in Anerkennung der unerwartet großen Leistungen der Zivil- und Militärflieger in dem Weltkrieg um die von der Nationalflugpende ausgehenden Preise für Fernflüge, sämtliche Preise zur Verteilung zu bringen. Nach dem bisher festgestellten Ergebnis kommen die Flüge, wie schon angedeutet, in folgender Reihenfolge in Frage:

- 2078 Kilometer V. Stoessler (Wiatik), Mühlhausen, 100.000 Mark;
- 1506 Kilometer Schlegel (Waggonfabrik Gotha) 60.000 Mark;
- 1371 Kilometer Thelen (Albatros, Johannisthal), 50.000 Mark;
- 1228 Kilometer Oberleutnant Kastner (Militärverwaltung), 40.000 Mark;
- 1175 Kilometer Stiefpater (Zeppelin, Johannisthal), 25.000 Mark;
- 1157 Kilometer Leutnant Geyer (Militärverwaltung), 15.000 Mark;
- 1115 Kilometer Casper, Waggonfabrik Gotha, 10.000 M.

Die Preisverteilung wird nach endgültiger Feststellung der genauen Entfernungen in feierlicher Sitzung des Kuratoriums der Nationalflugpende am 18. Dezember erfolgen. Wieviel wird von den genannten Summen den Fliegern zufallen? — Den Hauptteil stecken die Flugzeugfabriken in ihre Tasche.

Acht Kinder einer Familie an Scharlach gestorben. Eine Familie in Baderborn ist vom Schicksal schwer heimgesucht worden. Acht Kinder der Familie Welzen erkrankten an Scharlach. Am vorigen Sonntag wurden drei Kinder, die der Krankheit erlegen waren, beerdigt, das vierte am Montag. Im Laufe der letzten Woche sind nun auch die vier anderen Kinder der Krankheit erlegen, so daß die Eltern ihre sämtlichen acht Kinder im Alter von 1 1/2 bis 13 Jahren verloren haben.

Soldatenmishandlungen durch „alte Leute“. Das Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg verurteilte am Sonnabend wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittelst eines gefährlichen Werkzeuges die Divanen Bögelmann und Starke

vom 10. Jägerregiment in Stendal zu 4 bezw. 3 1/2 Monaten Gefängnis. Die beiden Angeklagten, die im dritten Jahre dienen, hatten noch nicht ausgetretenen Gefängnis der „alten Leute“ folgend, die Rekruten in roher Weise zu mishandeln, den Rekruten Fischer auf dem dunklen Hackselboden mit einem Stock und einem Nieten so lange geschlagen, bis der Mißhandelte zusammenbrach. In der Urteilsbegündung wurde das Tun der Angeklagten als eine „außerordentliche Rohheit“ bezeichnet.

Ein Schnellzug im Schnee stecken geblieben. Der am Sonnabend früh in Innsbruck (Tirol) fällige Schnellzug ist infolge Schneeeinwirkung zwischen den Stationen Dieselau und Admont stecken geblieben. Es gelang dem Lokomotivführer nur mit schwerer Mühe, den Zug vor einer Entgleisung zu bewahren, die Passagiere kamen mit dem höchsten Schrecken davon. Der Zug konnte, nachdem die Strecke vor dem Schnee freigemacht worden war, über die Hilfslinie Salzburg weitergeführt werden.

Eine freigesprochene Mörderin. Frau Bödes, die in Paris angeklagt war, ihren Gatten, einen jungen Fabrikbesitzer und mehrfachen Millionär durch sechs Revolvergeschosse getötet zu haben, ist am Sonnabend abend nach vierstündiger Verhandlung, und nach einem glänzenden Plädoyer ihres Verteidigers freigesprochen worden.

Es scheint in der letzten Zeit zur Regel zu werden, das französische Geschworene junge Frauen, die ihre Männer töten, freisprechen. Sollte die sprichwörtliche Calamerte der Franzosen gegen Frauen auch hierbei den Ausschlag geben?

Zwölf Personen von einem Tobsüchtigen verletzt. Als am Sonnabend abends 7 Uhr der Zug von Nizza in den Bahnhof Monte Carlo einfuhr, wurde ein junger Mann plötzlich von Tobsucht befallen. Er stürzte sich mit einem geöffneten Taschenmesser auf seine Mitreisenden, welchen er blutige Stiche versetzte. Es gelang nur mit Mühe, den Unglücklichen zu überwinden und ihn unfähig zu machen. Wie sich herausstellte, waren 12 Personen von dem Tobsüchtigen verletzt worden, darunter hatten 5 Personen so schwere Verletzungen erlitten, daß sie vom Zuge ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Das Ende der Tigerjagd. Die gefährlichste Tigerin, die die ganze Gegend im Westen von Paris seit einigen Tagen in Aufregung und Jäger und Militär in Bewegung setzte, ist am Sonnabend zur Strecke gebracht worden. Ein ehemaliger Unteroffizier hat diese lästige Tat vollbracht, die umso unglücklicher war, als das wilde Tier tot aufgefunden wurde. Man hatte vorzeitig zuvor das Gebüsch in Brand gesteckt. Die Leiche der Tigerin lag unter verholtem Schutz in einem Erdloch nur wenige hundert Meter von der Stelle entfernt, wo sie entküpft war. Wie ermittelte, war das Tier bei der Verfolgung durch Schüsse verwundet worden. Diesen Verletzungen ist es aufgegeben sofort erlegen, und während man bis an die Zähne bewaffnet den jählichen Spuren der Tigerin folgte, war sie längst verendet.

